Friedrich Schönemann

ENGLAND

GEGEN

AMERIKA

hm

Schriften des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung
und des Hamburger Instituts für Auswärtige Politik
herausgegeben in Gemeinschaft mit dem
Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Heft 34

Das Britische Reich in der Weltpolitik
Heft 19



ENGLAND GEGEN AMERIKA

EINE GESCHICHTLICH-KRITISCHE BETRACHTUNG

VON

FRIEDRICH SCHÖNEMANN
Prof. Dr. phil., Litt. D. h. c.

1940
JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG/BERLIN

Umschlagentwurf: Horst Michel

Druck: Großbuchdruckerei Paul Dünnhaupt, Köthen-Anh.

INHALTSÜBERSICHT

I. Einführung

Als kürzlich der bekannte amerikanische Geschichtsforscher Charles A. Beard in Harper's Magazine (September 1939) Betrachtungen über die amerikanische Außenpolitik anstellte und dabei Franklin D. Roosevelts Politik als „töricht und gefährlich" nachwies, kam er auch auf die Gefahren einer sentimentalen englandfreundlichen Außenpolitik zu sprechen. „Die Regierung der Vereinigten Staaten begibt sich auf eine stürmische See, wenn sie anfängt, offiziell einer Macht ihre Freundschaft und einer anderen ihren Haß zuzuwenden. Großbritannien hat das nie getan. Es hat Preußen bezahlt, um Franzosen zu schlagen, und Franzosen geholfen, Preußen zu schlagen, ohne offizielle Liebe oder Freundschaft, ausgenommen in Kriegszeiten, und immer im Interesse seiner Sicherheit." Dr. Beard hätte noch weitergehen und nachweisen können, wie Großbritannien sich in allen entscheidenden Entwicklungen der amerikanischen Geschichte ausgesprochen feindlich gegen die Lebensinteressen der nordamerikanischen Union gestellt hat.

Das läßt sich aus der Geschichte sine ira et studio leicht und überzeugend nachweisen: im Unabhängigkeitskampf der Dreizehn nordamerikanischen Kolonien; in dem folgenden Ringen um nationale, besonders wirtschaftliche Freiheit von Großbritannien, in dem zweiten Krieg mit England (1812—14); im Bürgerkrieg (1861—65) um die Union selbst, als die führenden englischen Minister nur auf einen durchschlagenden Sieg der Konföderiertenarmee (des Südens) warteten, um die Konföderation als Eigenstaat anzuerkennen. Damit wäre die Union vielleicht für immer unmöglich gewesen. Im Jahre 1895, als der

Monroedoktrin und Venezuelas wegen ein Krieg zwischen US.-Amerika und England auszubrechen drohte, kam ein Umschwung. Jetzt wurde Deutschland plötzlich zu einer „Gefahr“ für das Empire und Amerika ebenso im Handumdrehen zu einem möglichen Allierten und „Freund“, dessen „Demokratie“ nun auch die Englands sein sollte. Die entsetzlichen slums der englischen Großstädte, wie sie Deutschland niemals, selbst nicht in seinen erbärmlichsten Zeiten besessen hat, das dauerhafte Bauern- und Fabrikarbeiterelend, die geringe Volksschulerziehung, der völlige Mangel an Volkswohlfahrt, all das Typische der damaligen englischen Zivilisation wurde einfach totgeschwiegen. Aufstrahlte die gemeinsame „Demokratie“, dasselbe Lebensziel, die Anglo-Saxon Brotherhood, in die Amerika halb hochmütig, halb liebedienerisch gelockt wurde. Aber hinter dieser neuen Freundschafts-Propaganda stand genau so wie vorher das nackte Selbstinteresse Englands. Es verkündete „Solidarität“, die vorherbestimmte Mission aller Englischsprecher, die Zusammenarbeit im Interesse der Weltzivilisation, und meinte wirklich seinen eigenen errafften Besitz, den Bestand seines Empire, seine Sicherheit. Tatsächlich nahm es auch weiterhin niemals Rücksicht auf die vielgepriesene Solidarität mit der großen amerikanischen Demokratie.

John Bull stand 1898 bei der Taufe des amerikanischen Imperialismus Pate, allein deshalb, um sich in Onkel Sam einen Kumpanen für den südafrikanischen Raubzug zu sichern. Er zeigte deshalb auch freudige Billigung des Spanischen Kriegs von 1898. Joseph Chamberlain, der „Erzapostel des britischen Imperialismus“, sagte öffentlich, daß dieser Krieg, „so schrecklich an sich“, billig wäre, „w e n n einmal die Stars und Stripes und der Union Jack, in einer großen und edlen Sache, über eine Anglo-Saxon Allianz zusammen wehen würden“. Die „große und edle Sache“ kam bald mit dem Burenkrieg.

Was da jedoch Großbritannien dem amerikanischen „Freunde“ zu bieten wagte, geht aus einer kleinen Tat-

sache hervor. Die Briten bemächtigten sich amerikanischer Postsachen, durchwühlten und beraubten sie, ja öffneten selbst offizielle Dokumente, die unter dem Schutz der amerikanischen Flagge auf Eisenbahnzügen in Afrika reisten. Präsident McKinley und sein Staatssekretär John Hay, der englischer noch als die Engländer war, taten nichts dabei. Sie gaben den verantwortungsbewußten amerikanischen Konsul in Pretoria, der mit seinem Beweismaterial eigens nach Washington gefahren kam, der öffentlichen Lächerlichkeit preis und ersetzten ihn prompt durch einen pro-britischen Mann. Das war Adalbert Hay, der Sohn des derzeitigen Staatssekretärs; er holte sich auf seiner Reise nach Pretoria erst den Rat von Lord Salisbury in London ein, der die Seele des Krieges gegen die Burenrepubliken war.

Die USA. bezahlte ihre „Freundschaft" mit Großbritannien durch ein Abgehen von ihrer Neutralität damals wie noch oftmals danach, obwohl wahre Neutralität sowohl ihrem wohlverstandenen politischen wie wirtschaftlichen Selbstinteresse gedient hätte.

II. Das „Mutterland" und die nordamerikanischen Kolonien

Wenn man die letzten Jahrzehnte englische Politiker und Schriftsteller über den amerikanischen Revolutionskrieg reden hörte, konnte man meinen, daß dieser Krieg gar nicht ein Kampf der Unabhängigkeit von England gewesen wäre. Statt dessen sprachen sie von dem „Vorfall von 1873" (incident of 1783) oder von der „großen Trennung". Viscount Bryce, der Verfasser eines berühmten Werkes über die Vereinigten Staaten (The American Commonwealth, 1888 u. ö.) und britischer Botschafter in Washington von 1907 bis 1912, hielt am 27. Juni 1921 in London einen Vortrag über „das Studium der amerikanischen Geschichte". Darin sagte er u. a.: „Das

Unglück war nicht so sehr, d a ß die Unabhängigkeit kam, sondern w i e sie kam... Im Jahre 1776 hätten sich die Dinge a n d e r s u n d w e i t b e s s e r ereignet haben können... Die Unabhängigkeit Amerikas, ob tatsächlich oder rechtlich, hätte eigentlich langsam und friedlich als natürliches Ergebnis des amerikanischen Wachstums kommen sollen." Hier irrt der englische Geschichtsschreiber gewaltig. W e n n etwas als „natürliches Ergebnis des amerikanischen Wachstums" gekommen ist, dann gewiß die Unabhängigkeit, das neue Staatswesen der Vereinigten Staaten von Amerika. Hätten die Amerikaner auf die Einsicht und den guten Willen Großbritanniens warten sollen, dann wäre ihnen das Schicksal von Kanada oder Irland widerfahren, aber niemals die volle Freiheit und Selbständigkeit geworden, auf die sie als Bürger einer neuen Welt Anspruch hatten.

Die unbefangene Geschichte weiß längst, daß die amerikanische Revolution nur das Schlußglied einer langen amerikanischen Evolution war. Allmählich aber sicher hatten sich die Dreizehn Kolonien vom Englischen abgekehrt und zum Amerikanischen entwickelt. Neben einer geistigen Entfremdung, wie es insbesondere die eigentümliche Religionslage erzwang, hatte es eine Abschichtung in Verfassung, Verwaltung und Recht gegeben. Vielleicht noch entscheidender hatten sich die Tatsachen der eigenen amerikanischen Wirtschaftsentwicklung durchgesetzt. Hier war es der Norden unter Vorantritt von Neuengland, wo sich das eigene, naturgegebene Wirtschaftssystem am schnellsten und heftigsten gegen die Handelspolitik des Mutterlandes wandte, wo sich auch der Widerstand gegen seine Maßnahmen zuerst hochbäumte.

Die nordamerikanischen Kolonien hatten Rohstoffe zu liefern, die England nach selbstsüchtigem Plan verarbeitete oder auswertete, und alle Fertigwaren vom Mutterland zu beziehen. Aber Neuengland war seiner ganzen Wirtschaftsanlage nach England viel zu nah verwandt, um sich diesem Kolonialregime überhaupt einordnen zu können.

Eher entsprachen die südlichen Kolonien um Virginien mit ihrer Tabak- und Reiskultur den Wirtschaftswünschen Londons. Auch nach dem politischen Abfall blieb deshalb bezeichnend Englands Wirtschaftsinteresse für diesen Süden unvergleichlich viel stärker und wacher als für den Norden um Boston und New York. Das zeigte sich noch viel später während des Bürgerkriegs (1861—65), als Englands „Sympathien" vorwiegend beim Sezessions-Süden lagen und sich seine Handelsherren größte Profite von einer Zersplitterung der USA. versprachen.

Englische Historiker haben später die Gegenseitigkeit der englisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen unterstrichen, um nachzuweisen, daß es stets in Amerikas Nutzen lag, mit Englands Wirtschaft vereint zu bleiben. Auch hier ist die Wirklichkeit anders gewesen. Mit vollem Recht schrieb James Otis in The Rights of the British Colonies (Boston 1764): „Die modernen Kolonisten sind Menschen, die seit 300 Jahren Reichtum nach England senden und als Gegengabe seit der Revolution (1688) von England nur Mißhandlungen erfahren."

Sehen wir uns vor allem den Süden an, der sich seiner Rohstoffausfuhr wegen besonderer Beliebtheit bei den englischen Kaufleuten erfreute. Was nutzte ihm das Tabakmonopol, das ihm der englische Markt zusicherte, wenn er mit jedem Jahr nur tiefer und unheilvoller in Schulden versank? Seit etwa 1725 war jeder Pflanzer von Virginien dem Mutterland schwer verschuldet. Fünf Sechstel aller kolonialen Schulden an England entfielen später allein auf den Süden. Der Hauptgrund dafür lag bei dem englischen Kaufmann, der die Tabakpflanzer in jeder Weise übervorteilte und ausbeutete, wozu die englische Regierung dann noch übermäßige Zölle erhob. Die berühmte Schrift vom Jahre 1732 Case of the Planters of Tobacco in Virginia weist das eindringlich genug nach. Wenn einige Jahrzehnte später Thomas Paine, der große Propagandist, forderte, daß ganz Europa und nicht allein England der Markt der Kolonien sei, oder die Unabhän-

gigkeitserklärung von 1776 u. a. dagegen Klage erhob, daß der amerikanische Handel mit allen Teilen der Welt abgeschnitten sei, dann war das nicht nur ein Protest der Kaufleute, Pflanzer und Farmer, sondern auch die Stimme des Volks, das der englischen Handelskontrolle müde geworden war.

Je mehr dann die Kolonien unter politischen Druck gesetzt wurden, desto eindringlicher warnten einsichtige Engländer wie Amerikaner gerade vor den Wirtschaftsfolgen solcher „Politik". So schrieb Arthur Lee in seinem Appeal (London 1774): „Wenn wir die Amerikaner ruinieren oder das Band, das uns verbindet, zerreißen, wo werden wir ein anderes Volk finden, das derart unser Werkzeug in Handel und Industrie wird?" Die Frage klang zugleich unverkennbar typisch englisch. Andererseits versteht man aber auch die Rückwirkung in den Kolonien. In der bekannten Broschüre Four Letters, die in Philadelphia 1776 erschien, wird der Verdacht ausgesprochen, England selbst wollte den Bruch mit seinen Kolonien herbeiführen, um sie nach ihrer Niederlage gründlicher unterjochen zu können. Tatsächlich hätten die gesamten nordamerikanischen Kolonien nach ihrer kriegerischen und politischen Unterwerfung nichts zu lachen gehabt.

Den Hauptanstoß zur amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung lieferte England, als es nach 1763, dem Ende des Siebenjährigen Krieges, seine Kolonialpolitik änderte. Seine Psychologie war grundfalsch; denn sie rechnete nicht mit der fortgeschrittenen Eigenentwicklung der amerikanischen Kolonien, sei es auf wirtschaftlichem, kulturellem oder politischem Feld. Seine Politik war ebenso verständnislos wie brutal. Sein neuartiger Imperialismus, der gegen Nordamerika vorstieß, löste innerkoloniale Probleme aus, die dann erst heftige Gegenstöße gegen das Mutterland verursachten. Aber England in seinem damaligen wirtschaftlichen und politischen Zustand konnte vielleicht nicht anders. Es mußte

das Opfer seiner eigenen Vergangenheit werden. Mit Recht ist von einem amerikanischen Forscher gesagt worden, die Unabhängigkeitserklärung von 1776 enthielte nicht eine Beschwerde, die nicht gegen jeden englischen Souverän von 1689—1760 hätte vorgebracht werden können. In der allgemeinen Tendenz wenigstens war das wirklich so. Das Parlament von 1763 knüpfte an frühere koloniale Gesetze und Eingriffe an und folgte damit nur der bewährten englischen Tradition.

Die Kolonien selbst brauchten nur ihre Erfahrungen mit der politischen Korruption vieler englischer Gouverneure hervorzuholen, um sich gehörig auf die „neue" Politik des Mutterlandes einzurichten. Tatsächlich waren die meisten der importierten Gouverneure skrupellos und geldgierig, nur auf die eigene Bereicherung aus. Dabei waren die schwachen Männer fast noch korrupter als die starken, brutalen. Alle waren sie ein Dorn in der Seite der Kolonisten. Von den vielen gemeingefährlichen Gouverneuren sei als einer der verbrecherischsten Seth Sothell in Nordcarolina genannt. Sir William Berkeley war der schlimmste Despot Virginiens, wo er durch seine Willkürherrschaft und verbrecherische Gleichgültigkeit gegen das Gemeinwohl die bedeutendste Revolte des kolonialen Virginia, nämlich Bacon's Rebellion (1676), verursachte. In Neuengland machte sich Sir Edmund Andros einen üblen Namen, während in New York Gouverneur Sloughter berüchtigt wurde. Er war ebenso unfähig wie gewissenlos und ließ 1691 den hervorragenden deutschen Kaufmann Jacob Leisler, einen lauteren Volksmann und eine echte Führernatur, völlig unschuldig hinrichten.

Die amerikanischen Kolonisten wußten auch mit der englischen Finanz- und Steuerpolitik einigermaßen Bescheid. Trotzdem begriffen sie kaum in vollem Umfang die Pläne der Londoner Politiker. „Amerikaner" galten im 18. Jahrhundert in England durchweg als wohlhabend, und nach 1763 erhofften immer weitere Kreise Englands, ihre Steuerbürden auf Amerika abladen zu können. Die

englische Geschichte von 1763 bis 1783 wurde von rein selbstischen Geldinteressen beherrscht. Um 1775 insbesondere wurde der neue Imperialismus als Grundsatz in der Politik verankert, hauptsächlich weil er unerhört großen materiellen Gewinn versprach. Für die nordamerikanischen Kolonien hieß das unbedingte Unterwerfung. Dafür bestand in England um 1775 eine ziemlich große Volksmehrheit, die Unterwerfungspolitik wurde von den allermeisten der „Führenden" gebilligt, von der Staatskirche wie von der Juristenschaft. Um nur einige der größten Namen der Zeit zu nennen: Dr. Samuel Johnson, der Schriftsteller, war ebenso für die offizielle Kolonialpolitik wie John Wesley, der Begründer des Methodismus, oder der weltberühmte Jurist Blackstone. Kaufleute, Landadlige und Regierungsbeamte versprachen sich vielartigen Geldgewinn aus den Kolonien. Es ging eben um allerpersönlichste Interessen. Taxation no Tyranny, Dr. Johnsons Schrift vom Jahre 1775, hätte ebenso heißen können: Was ganz England von den Steuererträgen der Kolonien erhofft!

Die Geschichte weiß, daß es sich dabei um eine nationenweite Korruption handelte. Heute würde man das mit einem amerikanischen Ausdruck als „racket", also hier: Steuerracket bezeichnen. Wie es die Verfasserin des Buches British Opinion and the American Revolution (Yale University Press 1930) einmal ganz glücklich formulierte: „Das Volk wurde um Fonds besteuert, um Parlamentsmitglieder zu bestechen, die dem Volk immer schwerere Steuern auferlegten, bis ein circulus vitiosus vollständig geschlossen war." Noch schärfer wurde das englische System in einer Londoner Veröffentlichung, nämlich Lloyd's (April-Mai 1773), beim rechten Namen genannt: eine unersättliche Käuflichkeit (insatiable venality) sei die einzige Handlungsrichtschnur für die Regierungsleute! Der „Geist der Raubgier" (spirit of rapacity) kennzeichne die ganze Zeit! Jeden weiteren Aufschluß geben die bekannten Junius-Briefe (Letters of Junius), die

im Londoner Public Advertiser 1769 bis 1772 erschienen. Die erbarmungslose Kritik der Außenpolitik des eigenen Landes und ihrer Träger ist einzigartig in der ganzen modernen politischen Geschichte. Kein Wunder, daß der bedeutende amerikanische Historiker George Bancroft in seiner Geschichte der Amerikanischen Revolution (im Kapitel über die Krisis, Februar bis Mai 1774) feststellte: „In Großbritannien war das Unterhaus so käuflich geworden, daß man fragen konnte, ob eine so gewählte und unter diesem Einfluß stehende Körperschaft tauglich sei, auch nur innerhalb des Reichs legislative Gewalt auszuüben. Wenn es ihr gelingt, durch Waffengewalt ihre „schrankenlose" Autorität über Amerika zu begründen, wo soll dann die Humanität ein Asyl finden?"

In diesem Zusammenhang muß ein Wort über den damaligen englischen König Georg III. gesagt werden. Im Weltkrieg führte nämlich die englische Propaganda in Amerika einen Sonderfeldzug gegen den „deutschen" oder gar „preußischen" (!) König Georg, der allein für den unglücklichen Kampf zwischen Großbritannien und seinen nordamerikanischen Kolonien verantwortlich sein *sollte*. Schon Thomas Paine in seinen Propagandaschriften sowie die Unabhängigkeitserklärung von 1776 hatten den König anstatt des Parlaments zum Sündenbock gemacht. Um die Jahrhundertwende zeigte sich diese Auffassung erneut und verschärft im englischen Schrifttum und seinen amerikanischen Nachläufern. W. T. Steads propagandistische Americanisation of the World (1902) spricht wie selbstverständlich von dem „boshaften Werk Georgs III." Noch 1924 wärmte der englische Romanschreiber Sabatini in seiner Erzählung vom Carolinian die propagandistische Legende auf, wonach der „betörte Despot" seiner Starrsinnigkeit Englands schönste Kolonie geopfert habe. Selbst der englische Historiker James Bryce machte Georg III. zu einem „perversen und störrischen König".

Die englische Propaganda blieb einmal in diesem Fall

fürs eigene Nest auffallend konsequent in der von ihr so beliebten, vor allem auf Deutschland abgesehenen Unterscheidung zwischen der Regierung und dem Volk. Gelang es, den bösen englischen, noch dazu deutschblütigen, König von dem guten englischen Volk zu trennen, dann konnte man alle Register der „angelsächsischen“ Freundschaftspropaganda ziehen. Mußte das nicht die beiden Völker einander innig nahebringen, so als ob sie niemals etwas Feindliches oder gar zwei Kriege miteinander gehabt hätten? Die Geschichte stellt Georg III. ein anderes Zeugnis aus, wie man allein aus der hervorragenden History of England von George Macaulay Trevelyan (1926) erfahren kann. Der König hat sein Bestes getan, um den britischen Imperialismus zum Siege zu führen. Er bediente sich des Parlaments als des Instruments des englischen Volkswillens und gebrauchte alle Mittel, die ihm das politische Geschäft seines Landes darbot. Er mochte vielleicht nicht sehr viel besser sein als seine politische Umgebung, aber sicher war er auch nicht schlechter als sein englisches Volk.

Mit der Tatsache der einmal errungenen Unabhängigkeit der Dreizehn Kolonien mußte sich Großbritannien wohl oder übel abfinden. Das bedeutete aber keineswegs, daß es damit schon seine nordamerikanischen Kolonien endgültig aufgab. Die Bibliothek des Britischen Museums zu London enthält eine umfangreiche Pamphlet-Literatur, Tracts on America, die von dem Wirrwarr der damaligen öffentlichen Meinung Englands aufschlußreiche Kunde gibt. Da fanden sich einige versöhnliche Schriftsteller, die wie Galloway oder Cawthorne der Überzeugung waren, daß Leben und Wohlsein des Mutterlands von der Wiedervereinigung mit den abgefallenen Kolonien abhingen. Aber selbst sie konnten sich eine Wiedervereinigung oder Versöhnung einzig und allein auf Kosten der Kolonisten vorstellen, denen der „Familienpakt“ teuer zu stehen kommen würde. Ganz gering war die Zahl der Engländer, die mit dem weitschauenden Dean

Tucker übereinstimmten, der schon 1776 schrieb, ein freies Amerika wäre keine Bedrohung Englands. Wenn sich Amerika einmal erobernd ausdehnen sollte, dann würde das, so meinte er, nur auf Kosten Südamerikas, nicht Großbritanniens geschehen. England sei, und das klang fast wie versteckte Drohung, der Kolonien „bester Kunde im Frieden und gefährlichster Feind im Kriege".

Die meisten der politischen Schriftsteller Englands blieben unbelehrbar. Voll nationalistischer Überheblichkeit war z. B. die anonyme Schrift verfaßt The Recovery of America, die 1782 in London erschien und an den Earl of Shelburne gerichtet war. Großbritannien brauche, so hieß es hier, die amerikanische Unabhängigkeit nicht anzuerkennen, der Weg zur Wiedergewinnung ginge über eine kluge, berechnende Bündnispolitik. Am besten eigne sich dafür ein „allgemeiner Krieg", ein Weltkrieg, der allerdings einiges Risiko für die deutschen Gebiete Britanniens brächte. England müsse, so riet dieser militaristische Brite, preußische Schiffe angreifen, wofür sich Scheingründe (ostensible grounds) leicht finden würden. Preußen würde dann natürlich in Hannover einfallen, was jedoch Wien und Petersburg nicht dulden könnten. Ganz Europa käme damit in Bewegung, wobei der Verfasser erstaunlich sicher annahm, daß Europas Großmächte sich völlig für Englands „Sache" entscheiden würden. Wörtlich: „Die europäischen Vertragsmächte sollten und würden auch zweifellos die gerechte und liberale Abhängigkeit Amerikas von Großbritannien *garantieren*."

Im ganzen also der teuflische Plan eines vom Zaun gebrochenen europäischen Krieges nur zu dem Zweck, Großbritanniens skrupelloser Ichsucht Vorschub zu leisten! Man weiß nicht, was man dabei mehr bewundern soll: die boshafte Folgerichtigkeit oder die naive Brutalität der politischen Geschäftemacherei dieses Engländers. Kennzeichnend auch, wie sich hier deutlich ein Appell an eine Art europäische Solidarität hervorwagt, der dann

in Englands Außenpolitik geradezu typisch wird: man sagt Europa, doch man meint das eigene egoistische Interesse; man führt sich als Teil der europäischen Staatengemeinschaft auf und plant doch nur Freiheitsberaubung und Ausbeutung der andern.

III. Der zweite Krieg mit England (1812—1814)

Wie wenig Großbritannien den Friedensvertrag von 1783 den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber ernst meinte und verbindlich auffaßte, ging aus seinen „Friedenstaten" hervor. Von Anfang an zeigte es eine systematische Mißachtung der Rechte der neuen Nation, demütigte ihre Bürger und zerschlug ihren Handel, wo es nur konnte.

Das gröbste Beispiel des englischen Rechtsbruchs bestand darin, daß ein wichtiger Teil des Friedensvertrags überhaupt nicht ausgeführt wurde. Eine feierliche Bestimmung lautete, daß die englischen Militärposten an der amerikanischen Westgrenze der neuen amerikanischen Regierung übergeben werden sollten. Die Briten kümmerten sich dreißig lange Jahre nicht nur nicht darum, sondern verstärkten sogar ihren Einfluß, vor allem auf die Indianer. Diese reizten sie zu kriegerischen Unternehmungen gegen die friedlichen amerikanischen Grenzsiedlungen auf und lieferten ihnen gleich die nötigen Waffen und Munition dazu. Lord Dorchester, der Gouverneur von Kanada, berief z. B. einen Kriegsrat der englandfreundlichen Indianer ein und gab ihnen zu verstehen, daß ihre Feindseligkeiten gegen die amerikanische Union die Zusammenarbeit seiner Regierung haben würden. Diese vertragswidrigen Tatsachen wurden von London weder ganz abgestritten noch erst recht nicht entschuldigt oder gar abgestellt.

Als dann 1812 der Krieg zwischen Großbritannien

und den USA. ausbrach, versicherten sich englische Heerführer nicht nur der militärischen Hilfe ihrer bewährten Indianer-Verbündeten, sondern boten sogar ein regelrechtes Prämiengeld für — amerikanische Skalps! Ein amerikanischer Schriftsteller, Rossiter Johnson, dem wir A History of the War of 1812—15 (New York 1882) verdanken, drückt seinen berechtigten Abscheu über solche britische Politik aus. Er schreibt wörtlich: „Es erscheint unglaublich (1882 geschrieben), daß solche Dinge noch vor 70 Jahren getan werden konnten, und zwar von einer der aufgeklärtesten Regierungen der Welt. Und doch haben wir in unsern Tagen das Verhalten sich wiederholen sehen, als die Engländer in Südafrika die wilden Eingeborenen mit den besten englischen Flinten bewaffneten, damit diese gegen die friedlichen und fleißigen Buren der Transvaal-Republik Krieg führen könnten."

Besonders bekannt ist Großbritanniens Indianer-Alliierter Tecumseh geworden, ein hervorragender Shawnee-Häuptling, der alle Weißen aus dem Nordwestterritorium zu vertreiben plante. Von ihm sagte ein Augenzeuge des Massakers bei Malden, Captain Wood: „Tecumseh offenbarte mit einer einzigen Tat mehr Menschlichkeit, Großmut und Zivilisation, als Proctor (das war der Oberst, der seinen Indianern Prämien für amerikanische Skalps zahlte!) mit allen seinen britischen Offizieren während des ganzen Krieges an der nordwestlichen Grenze zeigte." Nicht geringer als Proctors Schuld war die des Generals Brock, der die Übergabe von Detroit in einem Briefe forderte, in dem er schrieb: „Mir liegt jede Absicht fern, an einem Vernichtungskrieg (!) teilzunehmen, aber (!) Sie müssen verstehen, daß die zahlreichen Indianer, die sich meinen Truppen angeschlossen haben, im Augenblick, da der Kampf beginnt, außer meiner Gewalt sein werden." Dabei hatte General Brock kurz vorher mit „seinen" Indianern eine Beratung abgehalten und die Bündnisbedingungen mit ihnen regelrecht vereinbart.

Zwei Jahre später sprachen die britischen Friedensunterhändler von diesen Indianern nicht etwa als unverantlichen barbarischen Elementen, sondern ausdrücklich als ihren „Verbündeten“, die am Friedensvertrag teilhaben müßten!

Die Ursachen der zweiten kriegerischen Auseinandersetzung liegen ziemlich weit zurück. Was der englische Geistliche Dr. Mayhew 1766 an den amerikanischen Patrioten Otis über die Lage der amerikanischen Kolonien schrieb, das blieb noch viele Jahrzehnte lang eine beherzigenswerte Mahnung an die Vereinigten Staaten: „Es ist für die Kolonien nicht sicher zu schlafen; denn es ist wahrscheinlich, daß sie immer einige wachsame Feinde in Großbritannien haben werden.“ Die politische Abhängigkeit war vorbei, aber vielleicht, so dachten diese Feinde, konnte sich eine wirtschaftliche Abhängigkeit mindestens ebenso vorteilhaft für Großbritannien auswirken. Die ganze Schwäche der ehemaligen Kolonien, ihre Uneinigkeit und mannigfaltige Verschiedenartigkeit, die Unsicherheit und geringe Festigkeit ihrer Bundesregierung, vor allem deren zeitweilige Unfähigkeit, den eigenen Handel energisch und systematisch im Interesse der Union zu regulieren, all das verführte eine große Mehrzahl von Engländern zu falschen Vorstellungen über die amerikanische Lage. Sie waren allgemein der Meinung, die neuen Staaten würden sich nie in einer festen Einheit finden, sondern in absehbarer Zeit hoffnungslos auseinanderbrechen.

So wagte Großbritannien leichten Herzens eine aggressive Handelspolitik gegen die USA., die es gänzlich vom Handel mit seinen Kolonien ausschloß. Besonders mit dem Verbot des direkten Westindien-Handels, der sich nur zu natürlich von und nach Nordamerika entwickelt hatte, wollte man die junge Nation treffen. Wie wichtig Westindien damals war, geht daraus hervor, daß es das Zucker- und Kaffeemonopol für den Welthandel besaß, weiter daß die beiden „Angelsachsen“ von Natur Han-

delsrivalen waren, die beide ihre wirtschaftliche Ergänzung in Westindien fanden. Hier mußten denn auch die Handelskämpfe am heftigsten werden, wenn sich auch die Amerikaner durch Schmuggelhandel teilweise halfen. Die Arbeit der britischen Navigationsakte, Orders in Council und Handelsschikanen wurde noch durch die Tatsache unterstützt, daß es den Amerikanern im Friedensvertrag von 1783 nicht gelungen war, die riesige Schuldenlast der letzten Kolonialzeit abzuschütteln.

Wie es schon im Unabhängigkeitskrieg der nordamerikanischen Kolonien das Schicksal Großbritanniens war, für eine hoffnungslos veraltete Kolonialpolitik zu stehen, so kämpfte es auch jetzt wieder, wie später noch öfter, für eine überwundene Handelspolitik, und wieder vertraute es für seine noch so schlechte Sache allein auf die Kriegsgewalt, das heißt: seine Seemacht. Aber wie damals war auch jetzt der Endsieg auf seiten der natürlichen Entwicklung, nur daß vorher unendlich viel Schaden und Blutvergießen durch die brutale Rückständigkeit Englands angerichtet wurde. Noch veralteter und unmenschlicher war das „Pressen“ (impressment) von amerikanischen Seeleuten durch die britische Flotte. Dies echtenglische System gab schließlich 1812 den zweiten Kriegsgrund ab; „freier Handel und Seemannsrechte“ lautete ja der Kriegsruf in Amerika.

Die englische Kriegsmarine maßte sich das Recht an, alle amerikanischen Schiffe, Kriegsschiffe eingeschlossen, daraufhin zu durchsuchen, ob „desertierte“ englische Matrosen an Bord wären. Dies System ging auf eine seit dem 17. Jahrhundert bestehende Gewohnheit zurück, Seeleute in kolonialen Gewässern, Häfen oder auf dem Land mit Gewalt in die britische Marine zu „pressen“, die eigentlich immer, besonders aber in Kriegszeiten, Mangel an Menschen zeigte. Natürlich gab es für eine solche Angewohnheit auch die entsprechenden Parlamentsakte, die aber für die amerikanischen Kolonien meist nicht durchgeführt wurden. Jahr für Jahr wurden auf diese

einfache, praktische, englische Weise mehrere hundert amerikanische Seeleute der britischen Flotte einverleibt.

Diese Sache bekam ein anderes Gesicht nach der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. Dem unabhängigen Amerikanertum stand Ende des 18. Jahrhunderts die starre Auffassung Europas entgegen, daß die Untertanenpflicht absolut sei und vom Staat jederzeit und an jedem Ort zu seinem Dienst kommandiert werden könne. Britanniens Regel lautete: Once an Englishman always an Englishman, was in seiner letzten Anwendung einfach die Möglichkeit ausschloß, daß ein Engländer je aus freien Stücken ein amerikanischer Bürger werden könne. Nicht umsonst wandte sich deshalb schon die Unabhängigkeitserklärung von 1776 an das Naturrecht. Englischer Brauch ließ eben keine „Naturalisation“ zu, was übrigens erst 1870 mit dem British Naturalization Act endgültig geändert wurde. Das neue Amerika mußte auch das mühsam Großbritannien gegenüber durchsetzen. Zu Lande war es natürlich vor britischen Zugriffen sicher, zur See dagegen allem Zwang und aller Vergewaltigung der noch allmächtigen Seemacht Großbritannien ausgeliefert. Das führte zu unmöglichen Zuständen, als 1793 der englisch-französische Entscheidungskampf begann und Großbritannien seinen Seekrieg ständig rücksichtsloser führte.

Der vielumstrittene Jay-Vertrag vom November 1794 sollte den Schutz des amerikanischen Handels sichern, brachte aber nur belanglose Zugeständnisse, dagegen keine Aufhebung des angemaßten Durchsuchungsrechts und des unhaltbaren „Pressesystems“. Kein Wort war gesagt über die Herausgabe von Sklaven, die von britischen Soldaten fortgeführt worden waren, sowie über die Beschlagnahme amerikanischer Schiffe in der Zukunft. Ein kleines englisches Entgegenkommen, nämlich für ungesetzliche Wegnahme und gewisse Seeschädigungen zu bezahlen, wurde vielfach aufgehoben durch die amerikanische Kapitulation in Sachen der privaten Verschuldung an britische Gläubiger, was eine alte Wunde öffnete. Die ungeheure Empö-

rung des amerikanischen Volkes war berechtigt, aber es war und blieb leider uneinig, wirtschaftlich und vor allen Dingen militärisch schwach. Seine stärksten Drohungen waren von vornherein hinfällig, weil es weder bereit noch gerüstet war, für sein einwandfreies Recht zu kämpfen. Das alles wußte Großbritannien nur zu gut und behandelte die USA. entsprechend.

Im Juni 1807 ereignete sich dann der Chesapeake-Fall, eine unglaubliche Herausforderung und Brutalität. Die amerikanische Fregatte Chesapeake wurde, als sie es ablehnte, sich von dem britischen Kriegsschiff Leopard auf „Deserteure" hin durchsuchen zu lassen, kurzerhand zusammengeschossen. Dann wurden vier seiner Mannschaft weggenommen. Daß das eine neue große Erregung in Amerika auslöste, war begreiflich, aber die Regierung unter dem pazifistischen Präsidenten Jefferson griff nicht durch. Wie der Historiker William E. Dodd, einstiger amerikanischer Botschafter in Berlin, über die Chesapeake-Affäre feststellte (in Encyclopedia Americana, 1928): „Präsident Jefferson hielt nichts von einem Krieg, aber fühlte scharf die Stärke jenes Schimpfs. Er verschloß die amerikanischen Häfen den englischen Kriegsschiffen und sandte einen Diplomaten nach England, um für den Angriff auf die Chesapeake Genugtuung und Schadenersatz zu verlangen. England schenkte den Vorstellungen des Präsidenten keinerlei Beachtung."

Jeffersons folgende Embargo-Politik erwies sich als ebenso erfolglos. Der wirtschaftliche und politische Druck war nicht groß genug, um Großbritannien zu einer Anerkennung der Rechte des neutralen Handels zu zwingen. Dazu wäre einzig und allein Gewalt imstande gewesen. Amerika hat noch mehrmals in seiner Geschichte mit dem „friedlichen Krieg" (peaceful war) gespielt, dabei aber immer verloren und nichts für das Völkerrecht erzielt. Einer der besten Kenner der amerikanischen Seegeschichte, Captain A. T. Mahan, schrieb über die Zeit von 1807 bis 1812: „Das Betragen der verschiedenen britischen Außen-

ministerien gegen die Vereinigten Staaten war gewöhnlich unerbittlich (uncompromising), oft arrogant, manchmal schlechtweg unverschämt, noch heute schwer mit Selbstbeherrschung zu lesen!“

Der sensationellste Teil dieses zweiten Krieges mit Großbritannien war General Roß' Zerstörung der Hauptstadt Washington im Jahre 1814. Die Stadt wurde zum größten Teil verbrannt und die Bundesregierung zeitweilig vertrieben. Noch heute erinnert das Weiße Haus, die Wohnung des Präsidenten, an diesen englischen Barbarismus; denn die arg verbrannten Mauern der Präsidentenwohnung mußten weiß angestrichen werden. Die englische Presse machte eine Heldentat aus dieser Expedition, besonders da ihr Washington, D. C., als eine wahre Metropolis erschien; in Wirklichkeit war es jedoch ein zwölf Jahre altes Regierungsnest von etwa 8000 Einwohnern und hatte bei weitem nicht die Wichtigkeit für das Leben von Staat und Volk wie London und Paris. Die London Times schrieb damals triumphierend: „Die schlechtorganisierte Vereinigung (gemeint war die nordamerikanische Union!) steht unmittelbar vor der gänzlichen Auflösung, und die Welt soll raschestens von dem bösartigen Beispiel einer Regierung befreit werden, die auf demokratischer Rebellion begründet war.“

Nun, es ist Großbritannien nicht gelungen, das verhaßte amerikanische Regierungssystem zu vernichten, aber bei einer nahezu bankrotten Bundesregierung mußte Amerika ziemlich klein beigeben. Was England erreichte, geschah durch ständigen Druck seiner Seemacht und eine für den amerikanischen Handel verhängnisvolle Blockadepolitik. Dabei schonte es Neuengland mit aller Absicht. Sein Wunschgedanke war, hier, wo man übrigens von Anfang an gegen einen Krieg gerichtet war, möchte der Bundesstaat zerbrechen und eine neue „Nation von Neuengland“ entstehen. Neuenglands Opposition andererseits entnervte alle aussichtsreichen Unternehmungen gegen Kanada und unterstützte so das englische Spiel. Mit Kanada in der

Gewalt der nordamerikanischen Union hätte Großbritannien sehr wohl zu einer grundlegenden Änderung seiner Außenpolitik und Seekriegsführung gezwungen werden können. Dann hätte im ganzen 19. Jahrhundert ein viel besseres und ehrlicheres Völkerrecht regiert als das „international law", das die egoistische Rückständigkeit Großbritanniens der ganzen Welt aufzuzwingen vermochte.

Amerika erhielt die heilsame Lehre durch diesen zweiten Krieg mit England, daß seine Unabhängigkeit ohne eine Flottenmacht unvollkommen, ja unsicher und lebensgefährlich war. Das wichtigste Ergebnis des Kriegs blieb deshalb, daß sich die kleine, aber tüchtige Unionsmarine auszeichnete und der allzu stolzen British Navy mit Pulver und Blei und einigen wirklichen Heldentaten gehörige Achtung abzwang. Noch 1813 ging im Londoner Parlament die Rede von „solch einer verächtlichen Marine wie der von Amerika", doch sind seitdem tatsächlich amerikanische Kriegsschiffe nie wieder angetastet worden. Mochten auch die letzten wirklichen Kriegsursachen gar nicht beseitigt sein und mochte so der Friedensvertrag von Gent (Dezember 1814) keine wahrhafte Befriedung bringen, trotzdem ergab sich für Amerika ein neues Nationalbewußtsein. Jetzt erst wurde das patriotische Wort von Decatur, einem der Seehelden dieses Kriegs, innerlich möglich: right or wrong, my country! Jetzt erst erhielt das Sternenbanner seine endgültige Form als Nationalflagge. Symbolisch genug: 1814, kurz nach der Verbrennung Washingtons, schrieb Francis Scott Key, der während des Bombardements von Fort Mc Henry als Gefangener beim Flaggschiff der britischen Flotte zurückgehalten wurde, das „Star Spangled Banner", das die amerikanische Nationalhymne geworden ist!

Großbritannien lieferte noch nach dem Friedensschluß ein Beispiel unmenschlicher Behandlung von Kriegsgefangenen, das „Dartmoor-Massaker" vom 6. April 1815. Gefangene waren während des Kriegs nicht ausgetauscht

worden und hatten, der ganzen englischen Volksstimmung entsprechend, eine schlechte Behandlung in britischen Gefängnissen erhalten, so wie auch schon früher im Unabhängigkeitskrieg bittere Klage über die Gefängnisse und ihre Wärter geführt worden war. Eine Hölle muß das Militärgefängnis von Dartmoor, dem ungesundesten Fleck im Hochland von Devonshire, nach allen Berichten gewesen sein. Seine 5693 amerikanischen Insassen, darunter 1000 Neger, sollten von der britischen Regierung nicht eher entlassen werden, bis der Genter Friedensvertrag vom amerikanischen Senat ratifiziert sein würde. Die Unruhe unter den Gefangenen wurde noch durch den Protest gegen einen korrupten Nahrungsmittellieferanten verschärft, so daß der Gefängniskommandant Shortland eine Revolte fürchtete. Er rief seine Wache herbei, die dann blindlings und völlig sinnlos in die Masse der Gefangenen hineinfeuerte und viele Tote und Schwerverwundete erzielte. Die britische Regierung mußte Schadenersatz leisten, aber den inkompetenten Kommandanten beförderte sie!

Zusammenfassend heißt es in einer amerikanischen Geschichte des Kriegs von 1812 über diese britische Regierung, sie sei „in ihrer Behandlung anderer Mächte schon seit Jahrhunderten willkürlich, selbstisch, barbarisch und im höchsten Grade widerspruchsvoll". Es folgt eine ganze Liste von englischen „Kulturtaten" in Frankreich, China, Dänemark, Rußland und Indien. Der englisch-amerikanische Verfasser beschließt sein Werk: „Laßt uns nie vergessen, wie nahe verwandt wir dem englischen Volk sind; aber Gott verhüte, daß wir die Laster der englischen Regierung erben oder ihre Verbrechen nachahmen sollten!"

IV. Die englische Feindschaft um Oregon und Texas

Im Weltkriegsjahr 1914 ist der Genter Friedensvertrag als eine Art „hundertjähriger Friede" zwischen den beiden

Ländern verherrlicht worden. Tatsächlich war es kein Dauerfriede. Trotzdem blieb er für beide Vertragschließende wichtig. Amerika wandte sich in der Folge anscheinend endgültig von Europa ab, was die Verkündigung der Monroedoktrin 1823 unterstrich, und widmete sich seinem Westen und seiner kontinentalen Expansion. Großbritannien „erwarb" sich jetzt erst Kanada, um es zu „besitzen". Es wurde auch darin nicht ernstlich gestört, trotzdem es bis ins 20. Jahrhundert hinein amerikanische Volkskreise gab, die weiter von einer Annexion Kanadas träumten. Die überaus günstige Gelegenheit von 1807 kam aber niemals wieder.

In der North American Review vom März 1901 setzte sich Ex-Präsident Benjamin Harrison mit englischen Freundschaftsbeteuerungen und Wünschen nach einem Bündnis mit der amerikanischen Union auseinander. Er lehnte besonders das englische Gerede von der Verpflichtung der „Dankbarkeit" gegenüber Großbritannien ab. „Denn Dankbarkeit trägt nicht einem Vorkommnis, sondern allen Umständen Rechnung, und der Durchschnitt der Ereignisse von 1774 bis 1898 sollte lieber nicht erwähnt werden. Da könnten mehr Dinge gefunden werden, die es angenehmer ist zu vergessen als zu erinnern! Kann der Geschichtsschreiber vor dem Spanischen Krieg (1898) auch nur e i n Beispiel finden, wo Freundschaft zu den USA. zu einer wesentlichen Verminderung der britischen Anmaßung oder zu einer verständnisvollen Haltung uns gegenüber in Zeiten unseres Drucks und unserer Not geführt hat, oder zu einer besonderen Rücksichtnahme auf uns, wenn eine Forderung auf Abhilfe gestellt wurde?" Die Frage dieses hervorragenden Amerikaners, der wußte, worüber er schrieb, ist schon Antwort genug.

Schon 1813 hatte ein kluger Patriot eine vortreffliche Schrift in London veröffentlicht On the Past Relations between Great Britain and the United States, worin er mit sachlicher Logik schrieb: „Tatsächlich müssen die Vereinigten Staaten völlig abhängig werden von Großbritan-

nien, wenn wir Kanada im Norden als Militärposten halten, Neuschottland im Osten als Marinestation, West-Florida als Schloß am westlichen Land jenseits der Aligany (!) und Ost-Florida im Süden." Ost-Florida gehörte damals noch zu Spanien, aber das beirrte unsern britischen Verfasser nicht. Immerhin wußten die Yankees von solchen britischen Absichten und kauften lieber selbst 1819 das spanische Gebiet, das sie bereits zum Teil besetzt hatten, um es ihrem West-Florida anzugliedern. Allerdings erst 1845 wurde es Unionsstaat. Das westliche Florida seinerseits wäre von den Grenzern des Südwestens bis zum letzten Blutstropfen verteidigt worden. Andrew Jacksons Kampf bei New Orleans (1815), die einzige, wenn auch verspätete siegreiche Landschlacht der Amerikaner in ihrem zweiten Krieg mit England, konnte als Symbol des amerikanischen Angriffsgeistes und Verteidigungswillens hier im Süden dienen.

Aufschlußreich war die britische Mitwirkung an der Monroedoktrin, eine Mitwirkung, die neuerdings im Zeichen der „angelsächsischen" Freundschaftspropaganda maßlos übertrieben wird. Tatsächlich hatte der britische Minister Canning den diplomatischen Anstoß dazu gegeben. Er wollte verhindern, daß Spanien seine verlorengegangenen Kolonien in Mittel- und Südamerika durch die Mitwirkung der Mächte der Heiligen Allianz (Rußland, Österreich und Preußen) zurückeroberte und daß Frankreich seine Macht zu Annexionen in Mittelamerika ansetzte. Deshalb regte er beim amerikanischen Gesandten Rush an, daß beide Mächte in der südamerikanischen Frage gemeinsam vorgehen und mit einer entsprechenden gemeinsamen Erklärung vor die Welt treten sollten. Die meisten der führenden Amerikaner waren durch diese Wendung der Dinge beglückt, nahmen einen Systemwechsel oder wie Jefferson sogar eine britische Gesinnungsänderung in Richtung auf free government an, aber der amtierende Staatssekretär John Quincy Adams durchschaute den Plan Cannings.

Adams, einer der bedeutendsten Staatsmänner der Zeit, verfolgte eine selbständige nationale amerikanische Außenpolitik und ging deshalb schon nicht auf die Vorschläge der britischen Regierung ein. Er traute dem britischen Minister nicht, glaubte vielmehr, daß dessen Vorschläge nur scheinbar gegen die heilige Allianz gerichtet waren, in Wirklichkeit aber den Zweck verfolgten, die Vereinigten Staaten an einer Erwerbung von spanischen Kolonien zu verhindern. Adams' „Memoirs" sprechen darüber sehr scharfsichtig. Er wurde noch in seiner selbständigen Haltung durch den Verdacht bestärkt, daß Canning die Südamerika drohende Gefahr absichtlich übertrieb und lediglich eine Gefahr für die englischen Interessen mit Hilfe Nordamerikas zu beheben versuchte. Als ein Verzicht Nordamerikas auf spanisches Gebiet nicht zu erreichen war, brach denn auch Canning die Verhandlungen ab. Den naheliegenden Schritt, daß England die neuen Staaten in Südamerika anerkenne, hatte er schon vorher glatt abgelehnt, was das Mißtrauen der amerikanischen Regierung vollends rechtfertigte.

Amerika seinerseits dachte im Augenblick zwar nicht an eine Besetzung oder Eroberung von Spanisch-Westindien oder dem benachbarten Texas, wollte sich aber verständlicherweise nicht die Hände für alle Zukunft binden. Natürlich beschäftigte die Union das Schicksal Westindiens, vor allem Kubas, dessen Erwerbung schon Jefferson stets im Sinn gehabt hatte. Bei der wirren Lage auf Kuba, das dazu noch Hauptzuflucht von Seeräubern geworden war, lag ein Schritt Englands durchaus im Bereich der Möglichkeit; es besaß das handelswichtige Jamaika, das seinerseits durch eine Angliederung Kubas an die Vereinigten Staaten gefährdet worden wäre. So war das Schicksal Kubas für Amerika wie England Gegenstand ernstlicher Besorgnisse. Als Canning im Herbst 1822 Gerüchte aus Habana hörte, daß die Vereinigten Staaten eine Besetzung Kubas beabsichtigten, schickte er ein englisches Geschwader nach Westindien, angeblich

zum Schutz des englischen Handels. Sein Memorandum für das Kabinett enthält ein sehr offenes Geständnis über den eigentlichen Zweck dieser Flottendemonstration: „Auf jeden Fall kann die Anwesenheit unserer Flotte in der Nachbarschaft von Habana nur wünschenswert sein in der Absicht, die Amerikaner in Schach zu halten, die angesichts eines englischen Geschwaders die militärische Besetzung der Insel kaum wagen würden, was immer sie sonst bei der Abwesenheit eines solchen Geschwaders zu tun geneigt wären."

Präsident Monroes grundlegende Erklärung vom 2. Dezember 1823, die sogenannte Monroedoktrin, verdankt Staatssekretär Adams ihre eindeutige Selbständigkeit. Sie ist so würdig amerikanisch geworden, weil sie es, mit Adams' eigenen Worten zu reden, abgelehnt hat, „als Schaluppe im Kielwasser der britischen Kriegsschiffe zu erscheinen"! Daß diese amerikanische Politik durch die egoistischen Beweggründe Großbritanniens eine gewisse Stützung erfahren konnte, ja mußte, daß sie also auch im britischen Interesse lag, war eine Sache für sich. Andererseits richtete sich Monroes Erklärung auch klar und deutlich gegen England. Minister Canning hatte sich eine ganz andere Entwicklung vorgestellt, nämlich ausdrücklich eine Einigung zwischen Spanien und seinen abgefallenen Kolonien, vielleicht in Gestalt selbständiger gemäßigter Monarchien in Südamerika, sicher zu Englands Nutzen. Wie er es in einem Brief an William Court vom 23. Dezember 1823 bekannte: „Monarchie in Mexiko, Monarchie in Brasilien würden die Übel einer universalen Demokratie heilen und eine Demarkationslinie verhindern, die ich am meisten fürchte: Amerika versus Europa." Gerade das jedoch war durch die Monroedoktrin eingetreten, die immer deutlicher auch für Großbritannien bedeutete: Hände weg von Amerika!

Zu dem, was der Genter Friede nicht erledigt hatte, gehörte unter anderem die endgültige Grenze zwischen Kanada und den USA. Ein großer Teil dieser Grenze

war noch nicht genau festgelegt, was ständige Reibereien und Zusammenstöße verursachte. Die Nordostgrenze wurde erst 1842 festgelegt. 1818 kam es zu einer teilweisen Einigung über das Oregongebiet. Zwischen Mississippi und Felsengebirge wurde der 49. Parallelkreis als Grenze bestimmt, aber die übrige Nordwestgrenze unbestimmt gelassen. In einem zehnjährigen Provisorium sollte das Gebiet den Angehörigen beider Länder offen stehen. Natürlich führte das zu immer neuen Streitigkeiten. Astoria, der 1810 begründete Handelsplatz der Astor Company, das 1813 von den Briten erobert und in Fort George umgetauft worden war, kam zwar 1818 an die USA. zurück, aber die amerikanischen Ansprüche ließen sich damit nicht mehr abspeisen; sie wurden um so heftiger, je mehr Mißtrauen gegenüber britischen Methoden berechtigt erschien.

Antreiberin der Londoner Regierung war die Hudson Bay Company, deren Einfluß durch Sir George Simpson mächtig war. Seine Briefe lassen keinen Zweifel darüber, daß er London von dem britischen Übergewicht in Oregon zu überzeugen versuchte, die Erwerbung von Kalifornien mehrfach anregte und selbst vor starken Maßnahmen nicht zurückschreckte. Premierminister Peel sandte daraufhin die Fregatte America an die Nordwestküste als eine kleine britische Demonstration. Dahinter verbargen sich Bluff und die altbewährte britische Neigung, in solchen Situationen nur zum Äußersten zu schreiten, wenn sich genügend andere Kämpfer für britische Interessen finden. Im Herbst 1845 informierte nämlich der Außenminister Lord Aberdeen jenen Simpson, er (Aberdeen) würde sich nicht in einen Krieg allein einlassen; aber im Fall, daß sich aus der Oregon-Frage ein Krieg ergeben sollte, könnten mexikanische Beistandsangebote und eine Landbewilligung in Kalifornien für Großbritannien angenommen (!) werden!

Verschiedene Kompromißangebote, die inzwischen von der amerikanischen Regierung vergeblich gemacht wor-

den waren, da Großbritannien durchaus das Nordufer des Columbia-Flusses begehrte, fanden schließlich im Februar 1845 ein Ende in dem nordamerikanischen Beschluß, eine Territorialregierung in dem Oregon-Gebiet einzurichten. Nachdem das letzte amerikanische Angebot einer Kompromißgrenze auf dem 49°, doch ohne britische Schiffahrtsrechte auf dem Columbia-Fluß, brüsk abgelehnt worden war, erklärte Präsident Polk: „Der einzige Weg, John Bull zu behandeln, ist, ihm grad ins Auge zu sehen." Eine amerikanische Volksempörung brandete wild auf. „Ganz Oregon oder nichts!" und „54° 40′ oder Krieg" (fifty-four forty or fight) waren die lauten Schlachtrufe. Die London Times erklärte, daß das Oregon-Gebiet nie der britischen Krone außer durch Krieg entwunden werden sollte, „trotz der Maraudöre des Präsidenten", und Lord Russell begründete im englischen Parlament die britischen Ansprüche. Präsident Polk blieb fest, gestützt von der öffentlichen Meinung seines Landes, und empfahl dem Kongreß, den gemeinsamen Besitz aufzuheben und Oregon den militärischen Schutz der Union zu sichern. Es kam aber trotzdem nicht zum Äußersten. Mit dem echt angelsächsischen Kompromiß von 1846 wurde endlich die Oregonfrage aus der Welt geschafft.

Als der Streit um Oregon gefährliche Formen annahm, gab es um 1840 viele Briten, welche die Ansicht eines Captain Knox in seinen Remarks on a War with America teilten: „Ein Krieg zwischen diesen beiden Nationen kann weder ein militärischer Spaziergang sein noch ein Austausch von Protokollen. Er muß kalt, düster und tödlich sein, eine Ausrottung mit Stumpf und Stiel." Später, als man sich der geringen militärischen Glorie im Krimkrieg peinlich bewußt wurde, gab es auch wieder britische Kreise, die am liebsten die Scharte mit einem Krieg gegen die Amerikaner auswetzen wollten.

Nicht zuletzt auch bestand eine heftige Gegnerschaft der beiden „Angelsachsen" in Lateinamerika. Vor allem

die Jahre zwischen 1808 bis 1830 sind voll von feindseligen Unternehmungen auf beiden Seiten, wie es Professor Rippys Schriften über die diplomatische Geschichte Lateinamerikas nachweisen. Entgegengesetzt waren die Interessen der beiden schon deshalb, weil sie für verschiedene Staatssysteme eintraten; zudem war Amerika für die revolutionären Bewegungen, wie Großbritannien dagegen. Seit der engen Allianz mit Spanien vom Jahre 1808 spielte sich Großbritannien nur zu gern als Verteidiger der spanischen Landesinteressen auf, das heißt: es arbeitete gegen die USA. und veranlaßte Spanien durch halbgemeinte Versprechungen zu jeder unnachgiebigen Haltung den Nordamerikanern gegenüber. Besonders betraf das die Floridas.

So hatte Canning 1816 gegenüber Adams bestritten, irgendwelche Annexionsgelüste im spanischen Kolonialgebiet zu unterhalten, und dennoch drohend gesagt: „Beobachten Sie (d. i. Amerikaner) nur dieselbe Mäßigung. Sollten wir Briten Sie hiernach bei einem System der Eingriffe (encroachment) in Ihrer Nachbarn Angelegenheiten finden, was wir dann zur Verteidigung tun würden, das ist eine andere Überlegung." Adams hat diese Drohung nie vergessen. 1818 machte Jackson, der Sieger von New Orleans 1815, mit zwei britischen Agenten in Florida, Ambrister und Arbuthnot, kurzen Prozeß. Ihre Hinrichtung verursachte eine überaus kritische Lage in dem Verhältnis der beiden Mächte. Aber England schluckte die bittere Pille der Demütigung, tat nichts und überließ auch Spanien seinem Schicksal; 1818 schloß dieses den Floridavertrag mit der nordamerikanischen Union und willigte in eine Festsetzung der Westgrenze des Louisiana-Gebiets am Sabine-Fluß; zugleich gab es alle seine Ansprüche an der pazifischen Küste nördlich vom 42° auf, was für die Begrenzung des Oregon-Gebiets wichtig werden sollte.

Bedachter und gefährlicher als Großbritanniens Opposition im Streit um Oregon war seine Opposition in

Texas. Nachdem nordamerikanische Kaufangebote von Mexiko abgelehnt worden waren, setzte man in den USA. alle Hoffnungen auf die texanische Unabhängigkeitsbewegung. Das bedingte von selbst einen langen Krieg mit Mexiko. 1836 erklärte sich Texas unabhängig. Die Entscheidung dafür hatten zumeist Amerikaner, die in Texas lebten und natürlich nichts anderes planten als einen endlichen Anschluß an die USA.

Das Jahr 1843 sah wieder einen Höhepunkt englisch-amerikanischer Feindschaft. Das war zur selben Zeit, als sich der Oregon-Streit immer mehr zuspitzte. Im selben Jahr brachte nämlich Senator Linn eine Gesetzesvorlage ein, die nichts anderes als eine militärische Befestigung Oregons bezweckte, und Lord Palmerston erklärte, daß die Durchführung dieses amerikanischen Gesetzes Krieg mit England bedeutet haben würde. Die Union fürchtete nun mit Recht, daß sich fremde Nationen, voran Großbritannien, eine Kontrolle über das unabhängige Texas aneignen könnten. Selbst wenn sie nur Handelsbeweggründe auf britischer Seite annahm, so war sie doch sicher, daß das wesentlich zuungunsten Nordamerikas ausschlagen müßte.

England hatte verdächtig schnell Texas' Unabhängigkeit anerkannt, in erster Linie, weil es sich hier einen von den USA. unabhängigen Baumwoll-Staat entwickeln wollte, den es gegen den Süden der Union ausspielen konnte. Aus diesem Grund übte es auch einen starken Einfluß aus, um Mexiko zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Texas zu bringen. Sicher vermochten die Nordamerikaner in Texas und in Washington eine nach britischem Rezept absolute „Unabhängigkeit" nicht zu billigen. Aber auch die Mexikaner wurden irre, als sich Großbritannien zu eifrig an der Arbeit zeigte. Die mexikanische Presse empörte sich sogar laut dagegen, einen Teil des Vaterlandes für britisches Geld zu verkaufen!

Tatsächlich arbeitete Großbritannien im Sommer 1843 mit Macht daran, sich ein Monopol des texanischen Han-

dels zu sichern. Zu seinen Machinationen gehörte u. a. auch ein Versuch, die Abschaffung der Negersklaverei in Texas zu betreiben. Das mußte die Union hochbringen, in deren Gebiet ja noch die Sklaverei blühte. Als ihre Regierung der Sache auf den Grund gehen wollte, bestritt Lord Aberdeen in einem Brief an Pakenham, den britischen Gesandten in Washington, eine solche Absicht und fügte moralisch hinzu, „obgleich wir nicht von unseren ständigen offenen und ehrlichen Bemühungen ablassen werden, die Abschaffung der Sklaverei in der ganzen Welt zu erreichen". Diese Erklärung von Lord Aberdeen war auch aus dem Grunde bemerkenswert, weil später, während des nordamerikanischen Bürgerkriegs (1861—65), Großbritannien seiner Moral nicht nachlebte. Es demonstrierte bekanntlich Feindschaft gegen den abolitionistischen Norden, dagegen betonte Freundschaft zum sklavenhaltenden Süden!

Alle die Reibungen größeren und kleineren Stils, die vor allem in Mexiko und Argentinien zutage traten, jedoch auch in Brasilien und Mittelamerika, in Chile und in Bolivars Einflußgebieten, zeigten immer wieder einen Abgrund zwischen den Interessen, Auffassungen und Methoden der beiden Regierungen und Nationen. Dabei erging es beispielsweise Mexiko so ähnlich schlecht wie vorher seinem spanischen Mutterland, wenn es sich einmal zu sehr auf Versprechungen britischer Minister verließ. Die „amicable connection", die Canning z. B. 1824 für die britische Politik gegenüber Mexiko formuliert hatte, schadete allein Mexikos besten Interessen. Das Gegeneinander der Amerikaner und Briten verhinderte jede ruhigere Entwicklung dieses Landes, wie die Londoner „Freundschaft" ihm auch nicht das mindeste half, als es sich mit den USA. hart auseinandersetzen mußte.

Man kann diesen Geschichtsabschnitt nicht beschließen, ohne kurz des ersten panamerikanischen Kongresses zu erwähnen, der 1827 in Panama auf Anregung des großen Freiheitshelden Bolivar stattfand. Er war nur von Ver-

tretern Mexikos, Mittelamerikas, Kolumbiens und Perus beschickt, die sich auf einen „Pakt der Union, Allianz und dauernden Konföderation" einigten, ohne ihn in die Tat umsetzen zu können. Auf Kolumbiens Einladung nahm gleichfalls ein Vertreter Großbritanniens, wenn auch nur informell, an den Aussprachen und Intrigen teil, nämlich Edward J. Dawkins, während die Vereinigten Staaten infolge einer Verkettung von Umständen ohne Vertretung blieben.

Viel bedeutsamer war der unversöhnliche grundsätzliche Gegensatz zwischen England und USA., der im Zusammenhang mit Panama zum Vorschein kam. Beide Regierungen legten durch Canning und Adams ihre Motive und Interessen in überaus wichtigen Staatsdokumenten nieder, die eine genaue Betrachtung verdienen. Hier sei nur erwähnt, daß Canning sich erstens bedingungslos jeder amerikanischen Liga widersetzte, an deren Spitze die USA. stehen sollten. Zweitens wünschte er, daß die „Prinzipien des Seerechts, die die neuen Staaten annehmen würden, jene sein möchten, welche Großbritannien stets als die wahren Prinzipien des Völkerrechts betrachtet hat". Die Welt kennt diese „Rechte", die von Großbritanniens Seemacht mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden. Auch die USA. hatten sie im Lauf ihrer jungen Geschichte gründlich am eigenen Leibe kennengelernt und bekämpft. Das Durchsuchungsrecht, völlig eigenmächtige Schiffahrts- und Handelsvorschriften, willkürliche, allein England nützliche Konterbande-Listen, Mißachtung der neutralen Flagge, ebenso willkürliche, sinnwidrige Ausübung der Blockademacht, gegen alles das war Amerika fünfzig Jahre lang entschieden angegangen, wenn auch mit geringem Erfolg. Menschenfortschritt, wahre Neutralität und ein echter freier Nationalismus, all das war in diesem Kampf gegen Großbritannien auf Amerikas Seite.

Das meiste der britischen „Prinzipien" wurde in den Jahren von 1849 bis 1856 aufgegeben; zuletzt in der

Pariser Deklaration. Es war eine Ironie der Geschichte, daß die USA. diese Pariser Bestimmungen nicht annahmen, ja daß sie in ihrem Bürgerkrieg (1861—65) sogar in die alten britischen Schliche und Brutalitäten zurückverfielen, die sie selbst so zäh bekämpft hatten. Der Norden zeichnete sich durch ausgedehnte Konterbande-Listen aus, durch brutale Durchsuchungen und alle möglichen Schikanierungen des neutralen Handels, gänzlich im Stil von Großbritannien. Diese schlimme Vergangenheit sollte den USA. noch lange anhängen.

V. England wartet auf das Ende der Union (1861—65)

Im Jahre 1905 hieß es in S. L. Murrays Schrift über „angelsächsische" Zusammenarbeit (The Future Peace of the Anglo-Saxons): „Die jetzige Trennung der ‚angelsächsischen Rasse' rührt bloß von einem alten Familienstreit her, dem ein paar kleine Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gefolgt sind." Man muß das englisch lesen, um es in seiner ganzen reizenden, unbewußt verlogenen Naivität zu erfassen: an old family quarrel, followed by a few minor disputes and dissensions. Jedes Wort stimmt nicht; denn die Tatsachen, wie wir schon gesehen haben, sprechen eine ganz andere Sprache. Ja, aus der Fülle der einwandfreien Tatsachen heraus müssen wir es an diesem Punkt der Darstellung geradezu für ein Wunder ansehen, daß es zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten bisher nicht schon zu einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung gekommen ist.

Ende 1839 schien die Verbrennung des amerikanischen Schiffes Carolina durch Engländer auf amerikanischem Gebiet *ein gefährlicher Zwischenfall, aber er verging, obwohl* weder Genugtuung noch Entschädigung geleistet wurde. Während des Krimkriegs machten englische Werber die Union unsicher, wahrscheinlich half der Gesandte

mit, Amerikaner zur höheren Waffenehre Großbritanniens zu verleiten. Jedenfalls handelte die Bundesregierung sehr scharf, London steckte trotz aller gewaltigen Entrüstung seiner Presse die Zurechtweisung ein.

Vorher, im Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850, hatte Großbritannien den USA. einen schönen diplomatischen Schlag versetzt. Nicaragua hatte es ihm lange angetan als Möglichkeit für einen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik. Nachdem Kalifornien in den Besitz der Union gelangt war, drohte der nordamerikanische Plan eines großen Schiffskanals. Das mußte verhindert werden. So vereinbarte man sich, daß keiner von beiden die „exklusive Kontrolle über den genannten Schiffskanal" haben, ihn nicht befestigen, daneben aber auch in ganz Zentralamerika nicht kolonisieren dürfe. In einem etwaigen Krieg zwischen den beiden Vertragschließenden sollten außerdem beider Schiffe im Kanal „befreit sein von Blockade, Beschlagnahme oder Wegnahme". Damit wurde die Monroedoktrin gegen den eigenen Erzeuger gekehrt und die britische Annexion im mittel- und südamerikanischen Raum gefördert. 1862 wurde so z. B. die schwierige Lage der Union durch die Erweiterung von Britisch-Honduras ausgenutzt.

Die USA. versuchten mehrmals vergeblich, sich der Fesseln dieses Vertrages zu entwinden. Kein Geringerer als der amerikanische Staatsmann Seward hatte ja den Vertrag in Grund und Boden verdammt und im Zusammenhang damit Großbritannien als „die größte, zugreifendste und raubgierigste Macht der Welt" bezeichnet. Großbritannien blieb 1858 und 1882 gleich ablehnend gegen die amerikanischen Revisionswünsche, ja drohte, die Monroedoktrin nach Belieben zu mißachten und zu übertreten. Erst nach der Annäherung der beiden Partner im Spanischen und im Burenkrieg kam es zu einer Einigung über einen rein amerikanischen Isthmus-Kanal im Hay-Pauncefote-Vertrag von 1901. Aber der amerikanische Politiker Buchanan konnte das nicht vor-

ausahnen, als er 1850 mit Bezug auf den Clayton-Bulwer-Vertrag seine schlimmsten Befürchtungen äußerte: „Die Befreiung von diesem Vertrag wird uns eines Tages einen blutigen Krieg mit Großbritannien kosten, sollte es so mächtig bleiben, wie es jetzt ist.“ Zum Glück für die Interessen der USA. büßte es jedoch an Macht wie Gefährlichkeit ein.

Aber bis zu welchem Grad von Unwissen, Gehässigkeit, Übelwollen und Bösartigkeit es sich Amerika gegenüber verstieg, das zeigten die bedrohliche Volksstimmung und die offizielle Haltung der Regierung während des Bürgerkrieges (1861—65).

In England stand der Süden von Anfang an in der Gunst der Führenden und der Zeitungen, der Politik wie der Gesellschaft. Dies war zum Teil bedingt durch die Tatsache, daß die Lebenskraft der Union an sich bedeutend unterschätzt wurde. Allgemein hing man nämlich der alten Lieblingsvorstellung an, als ob sich ein so großräumiges und volkreiches Staatswesen unter republikanisch-demokratischen Einrichtungen gar nicht lange halten könnte. Durch den Abfall vom „Mutterland“ waren die Amerikaner auf den Weg des sicheren Unterganges geraten, mußten sie eines Tages verderben. Das meinten in allem Ernst einige der größten Engländer der Zeit, wie der Schriftsteller Macaulay, der ganz düster voraussagte, daß „die reindemokratischen Einrichtungen . . . früher oder später die Freiheit oder die Zivilisation oder beide zerstören müßten“. Der Geschichtsschreiber Freeman war nicht minder pessimistisch mit seiner Veröffentlichung vom Jahre 1863, die vielsagend betitelt war: „Geschichte des Bundesstaats von der Begründung der achäischen Liga bis zur Zerreißung der Vereinigten Staaten. Band I.“

So erfüllte der Süden sozusagen programmgemäß das unerbittliche Schicksal, wie es England für Union und Demokratie verkündete. Tatsächlich war es selber viel zu veraltet schon, um das Neue und Kühne in dem Experi-

ment Amerika überhaupt zu erkennen. Natürlich war der egoistische Wunschgedanke mit dabei, die USA. möchten bald endgültig in zwei Republiken zerbrechen, wovon dann die südliche britischem Einfluß und Handelsprofit besonders willfährig sein würde. Die rohstofferzeugenden Staaten des Südens waren ja bedeutend mehr für Freihandel als die Industriestaaten des Nordens, die sich immer systematischer vor dem hochindustrialisierten England mit Schutzzöllen abschlossen. Seit Jahren waren deshalb schon Ablehnung und Gegnertum gegen diesen Norden im Wachsen, der immer mehr als eine Bedrohung des britischen Wohlstandes erschien. Vor allem die Schiffahrtsinteressen hofften nunmehr auf natürliche und bequeme Weise ihren nordamerikanischen Konkurrenten loszuwerden und setzten ihre schönsten Erwartungen auf ein neues Baumwoll-Reich, das ihnen für Handel und Frachtraum reiche Gewinne versprach.

Den „Südländern" gehörte die britische Sympathie selbstverständlich nur so lange, wie die Sache des Südens versprach Großbritannien Nutzen zu bringen. Mit jedem Auf und Ab des Kriegsglücks stieg oder sank diese Sympathie, und dem Süden wurde auch entsprechend zu verstehen gegeben, daß die britische Politik ohne die geringste Rücksichtnahme auf seine Interessen gemacht wurde. Ihm ging es nicht ein Deut anders, als so vielen anderen Völkern und Staaten, denen „britische Sympathie" irgendwann einmal gezeigt wurde. Sie wurden alle abgeschüttelt, wenn sie ihre Rolle im machtpolitischen Spiel ausgespielt hatten.

Zuerst erkannte die britische Regierung mit verdächtiger Übereiltheit die Südstaaten als gleichberechtigte Kriegführende an, was diese natürlich sehr ermutigen mußte. Das um so mehr, da sie zur See anerkannt wurden, ehe sie überhaupt ein einziges Schiff im Wasser hatten. Wirklich war es ein beispielloses Benehmen im diplomatischen Völkerverkehr! Natürlich erblickte die Regierung in Washington darin eine unneutrale, ja feindselige

Handlung, und die Nordstaatler waren offen und bitter in ihrem berechtigten Groll über die Herausforderung. Amerikanische Politiker sahen in dem britischen Schritt mit Recht die Möglichkeit einer Katastrophe für das Verhältnis der beiden Staaten, besonders da zu erwarten war, daß die volle Anerkennung der Konföderierten als unabhängige Macht eine bloße Frage der Zeit war. Amerikanische Patrioten begriffen, daß Großbritannien nur zu bereit war, eine letzte tödliche Revanche für den Abfall von 1776 zu nehmen.

In solcher vergifteten Luft bestand die große Gefahr, daß irgendein unvorhergesehener Zwischenfall den Ausbruch von offenen Feindseligkeiten zwischen der Union und dem britischen Reich herbeiführen könnte. Tatsächlich war es kein Verdienst der englischen Regierung und Öffentlichkeit, daß am Ende kein Krieg ausbrach, als solch ein „Fall“ eintrat: die Trent-Affäre vom November 1861. Ein US.-Kapitän Wilkes hatte von dem britischen Dampfer Trent zwei Abgesandte der Konföderation Mason und Slidell, die auf dem Wege nach England waren, mit Gewalt als Gefangene fortgenommen. Das führte zu einer ungeheuren Aufregung auf beiden Seiten des Atlantik. Die Lage wurde allein durch die Tatsache gerettet, daß es damals noch kein atlantisches Kabel gab, daß der langsame Notenaustausch Wochen und Wochen dauerte, was die gefährlichste Erhitzung abkühlen mußte. Aber der Trent-Fall hat das englisch-amerikanische Verhältnis noch lange Jahre schwer belastet.

In Amerika herrschte eine hysterische Freude über den Vorfall. Kapitän Wilkens wurde über Nacht zum Volkshelden, obwohl er vom Völkerrecht aus gesehen etwas Verkehrtes gemacht hatte. Das Volk sah eben nur, daß hier einmal Großbritannien dieselbe Medizin verabreicht bekam, die es selbst so oft und skrupellos dem schwächeren Amerika geboten hatte. Washington brachte alles korrekt wieder in Ordnung, es entließ die beiden Gefangenen, die dann nach England fuhren. Großbritannien dagegen be-

nahm sich, wie zu erwarten war. Es rief die heiligsten Neutralitätsmächte an, die es selber zahllose Male brutal mißachtet hatte. Earl Russell sandte ein heftiges Ultimatum nach Washington. Englische Zeitungen wie London Times, Morning Chronicle, Saturday Review tobten sich in unverschämten Leitartikeln aus. Es war eine herrliche Gelegenheit, Amerika erneut zu beschimpfen. Die nordamerikanische Öffentlichkeit begriff die englischen Absichten und erwiderte im gleichen Ton. Damals schrieb die London Times über Kapitän Wilkes: „Prahlerei und Wildheit auf einer Grundlage von Vulgarität und Feigheit ... ein idealer Yankee!"

Die britische Regierung schüttete noch Öl ins Feuer. Sie ließ ihren herausfordernden diplomatischen Schritten militärische Drohungen folgen, schickte nach Kanada Waffen und Munition und verstärkte ihre dortigen Truppen um mehrere Tausend Mann. Das sollte so aussehen, als ob das Empire nicht vor den stärksten Methoden zurückschrecken würde. Es kam trotzdem nicht zum Äußersten. Als ein bezeichnendes Nachwort zu dieser ganzen Trent-Affäre seien hier einige Sätze der London Times vom 11. Januar 1863 beigefügt, worin über jene Abgesandten der Konföderation, Mason und Slidell, wie folgt geschrieben wurde: „Wir hoffen aufrichtig, daß unsere Landsleute diesen Kerlen nicht etwa eine Ovation geben werden. Alles was sie beanspruchen können, ist die Höflichkeit, die einem Feinde in der Not (a foe in distress) gebührt... Persönlich sind sie uns nichts. Sie dürfen nicht vermuten, daß sie wertvoll in unsern Augen sind, weil wir bis an den Rand eines großen Krieges gegangen sind, um sie zu befreien... Unsere Staatsmänner und Juristen wissen ebenso viel über die Sache wie die Herren Mason und Slidell und brauchen ihre Auskunft oder ihren Rat in keiner Weise!"

Die Kommissare des Südens wie der diplomatische Vertreter des Nordens, Charles Francis Adams, verstanden die Lage gleich klar: die Grundhaltung des offiziellen Lon-

don war eine feste Erwartung von der völligen Auflösung der Union und der Wille, die Konföderierten als unabhängige Macht anzuerkennen, sobald sie einen entscheidenden Erfolg errungen hatten. Die Niederlage der Nordarmee bei Bull Run (30. August 1862) schien solch ein Erfolg zu sein. Darauf kam es zu dem bekannten Briefwechsel zwischen Russell und Palmerston. Außenminister Russell zeigte sein Einverständnis damit, daß der Augenblick gekommen sei, bei der Regierung der Vereinigten Staaten eine „Vermittlung“ zu unternehmen in der Absicht der Anerkennung der Konföderierten. „Sollte die Vermittlungsaktion scheitern“, hieß es wörtlich, „so sollten wir von uns aus die Südstaaten als unabhängige Macht anerkennen“. Palmerston war aber der Erfolg der Südarmeen noch nicht groß genug. Dann folgte Gladstones sensationelle Rede in Newcastle am 7. Oktober 1862, die in der Feststellung gipfelte: „Wir mögen unsere eigenen Ansichten über Sklaverei haben, wir mögen für oder gegen den Süden sein, aber kein Zweifel kann bestehen, daß Jefferson Davis und andere Führer des Südens eine Armee geschaffen haben; sie sind dabei, wie es scheint, eine Flotte zu errichten, und sie haben, was mehr als beides ist, eine Nation geschaffen.“

Das war ein starkes Stück der antiamerikanischen Diplomatie des damaligen England. Wie es der große amerikanische Historiker und Schriftsteller Henry Adams empört kennzeichnete: „Niemals in der Geschichte der politischen Schändlichkeit hatte ein Brigand der modernen Zivilisation ein schlechteres Beispiel geboten.“ Palmerston und Russell teilten die Anschauungen Gladstones. Nach einem späteren Zeugnis Gladstones „wünschte Palmerston die Trennung (d. i. der USA.) als eine Verminderung einer gefährlichen Macht, er hielt nur klug den Mund“. Alle drei Führer der britischen Politik hegten dieselben feindlichen Absichten gegen Amerika, nur über die Mittel und den Zeitpunkt ihrer Anwendung waren sie nicht einig.

1896, als der amerikafeindlichste Engländer die Brauchbarkeit der USA. für die Empirepolitik begriffen hatte, bekannte Gladstone seinen „unzweifelhaften Irrtum". Er erklärte, seine damalige Rede sei weder (!) aus Parteilichkeit für den Süden noch (!) aus Feindseligkeit gegen den Norden entstanden, eher als „eine Tat der Freundlichkeit (!) gegenüber ganz Amerika..."! „Mein Vergehen war wirklich nur ein Versehen, aber ein unglaublich grober Fehler." Es ist nicht verwunderlich, daß Henry Adams, der 1862 Privatsekretär seines Gesandten-Vaters in London war, im Verkehr mit solchen „Staatsmännern" den Glauben an die Menschheit im allgemeinen und den englischen Charakter im besonderen gründlich verlor. Sein berühmtes Buch über „Die Erziehung von Henry Adams" (1918) liefert tiefe Einsichten in die Psychologie und Politik Großbritanniens von damals.

Die englische Aufnahme von Präsident Lincolns berühmter „Emancipationsproklamation", die als Kriegsmaßnahme alle Negersklaven freisetzte, war bitterlich und rachsüchtig feindlich. Times und Morning Herald gingen voran in der unglaublich verständnislosen und unwürdigen Behandlung der Proklamation und ihres Verfassers. Man muß dem Amerikaner Henry Adams recht geben, der in dieser Haltung der Presse, aber auch der führenden Kreise „die undurchdringliche Stupidität des britischen Geistes" feststellte. Wie sonst hätte England den edlen Lincoln mit Brutalität, Barbarismus und Schuftigkeit, Schwindler und Judas gleichsetzen und von seiner selbstmörderischen Politik reden können! Wie sonst hätte England es fertiggebracht, Amerika als den „Abschaum der Erde", einen „Skandal unter den Nationen", und seine Kriegführung als „ein Schauspiel von Grausamkeit, Korruption und Schrecken" zu bezeichnen. Die heute in London so geheiligte amerikanische Demokratie erschien damals den Briten als „blinde Tyrannei eines degradierten Pöbels"!

Schon 1862 hatte das Blockade-Brechen zwischen den

Konföderierten und den britischen Häfen der Bermudas und Bahamas große Ausdehnung angenommen. Die Briten lieferten den Südstaaten ständig Kriegsmaterialien, tatsächlich im gesamten Verlauf des Bürgerkriegs. Proteste von Washington wurden von London mit Drohungen beantwortet. Als das Kaperwesen der Konföderierten vom „neutralen" England aus unterstützt wurde, als die Regierung es zuließ, daß von englischen Häfen Kriegsschiffe für die Südstaaten ausgerüstet wurden, kam es zu einer schnellen Verschärfung der Beziehungen. Das Volk der Nordstaaten legte mit voller Berechtigung und wachsender Empörung alle Schuld für die großen Handelsverluste und die Demütigungen vor Großbritanniens Tür. 1863 wurden in Liverpool zwei neue gepanzerte Widderschiffe für die Südstaaten gebaut. Die Proteste des amerikanischen Gesandten Adams wurden durch viele unehrliche Ausreden der Londoner Regierung entkräftet. Dann kam im September 1863 ein Tag, da Adams dem Außenminister Russell jede weitere Ausflucht abschnitt und ihn des strafbaren Einverständnisses mit den Rüstungen der südlichen Rebellen bezichtigte. Eine kurze Note folgte, die einen später berühmt gewordenen Satz enthielt: „Es würde überflüssig sein Ew. Lordship darauf hinzuweisen, daß das Krieg bedeutet (It would be superfluous in me to point out to your lordship that this is war!).

Solche Sprache wurde von Großbritannien schließlich verstanden, aber seinen nachfolgenden politischen Wechsel entschied doch mehr die Wendung auf dem Kriegsschauplatz, die mit Vicksburg und Gettysburg den Sieg der Nordstaaten sicher machte. Damit fand sich dann London wohl oder übel ab.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs erhoben die USA. Schadenersatzansprüche für beträchtliche Verluste infolge der in England ausgerüsteten Handelszerstörer. Die „Alabama" allein hatte an die 70 Schiffe genommen oder verbrannt. Wieder flammte eine laute Entrüstung in England auf. Wieder kam es zu einem völlig unfruchtbaren, pein-

lichen Notenaustausch zwischen Washington und London. Erst nach dem Abgang Russells wurde eine Einigung in dem Johnson-Clarendon-Vertrag möglich. Aber nun zeigte sich der jahrelang aufgespeicherte Zorn des amerikanischen Volkes, das alle jene Schäden aus dem Handelskreuzerkrieg, alle „Alabama-Ansprüche“, über die Geldverluste hinaus als politische Kränkungen auffaßte, für die kein Protest zu energisch und keine Sühne zu groß sein könnte. Der Bundessenat in Washington verweigerte dem Johnson-Clarendon-Vertrag seine Ratifizierung und veröffentlichte Senator Sumners aufreizende Rede vom 13. April 1869. Sumner forderte darin gleich die Abtretung Kanadas als Bedingung einer dauerhaften Einigung über die Alabama-Ansprüche, die er mit direkten und „indirekten Schäden“ auf eine fantastische Summe hochtrieb. Natürlich gab das wieder neue Erregungen auf beiden Seiten. Die Regierung Präsident Grants war weniger abenteuerlich und begegnete sich schließlich mit London in dem Wunsch einer schiedsgerichtlichen Erledigung. Der Vertrag von Washington vom Jahre 1871 fand seine Erfüllung in dem Schiedsspruch von Genf, der Amerika einen Schadenersatz von 15½ Millionen Dollar zusprach.

VI. Bis zum Weltkrieg

Noch lange Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg galt Großbritannien in den USA. mit mancher Berechtigung als der Erbfeind, dessen Tücke und selbstsüchtige Brutalität selbst in den Schulbüchern beschrieben wurden. So wuchs die Mehrheit der amerikanischen Jugend und damit des Volkes in dem Bewußtsein auf, daß amerikanische Patrioten vor den Gesinnungen und Absichten Englands auf der Hut sein müßten, daß die Neue Welt in Europa keinen ärgeren Gegner besitze als England. Demgegenüber gab es seit altersher eine Minderheit in den führenden englisch-amerikanischen Kreisen, die Großbritannien

als den „natürlichen Freund und Bundesgenossen“ der Union betrachtete. Sie übersah alles in der langen oder kurzen Vergangenheit Vorgefallene und bestand auf der wesentlichen Gleichheit der Sprache, Literatur und Kultur, der sie seit den 1880er Jahren auch immer mehr Politisches beimischte. Allmählich wurde so in einem Teil der Presse, der Literatur und der Gesellschaft alles Trennende vergessen oder in den Hintergrund geschoben, während die Gemeinsamkeiten immer deutlicher und glänzender im Vordergrund aufgebaut wurden.

Manches von dieser Begeisterung war echt und manches sogar berechtigt, aber in der blinden Verallgemeinerung, noch dazu auf dem Grund eines „angelsächsischen“ Rassenstolzes, für das Amerikanertum unhaltbar und gefährlich. Besonders schädlich mußte sich das erweisen, als sich nach 1895 eine auf weite Sicht arbeitende britische Propaganda einschaltete und nun aus jener „angelsächsischen“ Haltung Kapital für den britischen Imperialismus schlug.

John Bull tut heute, als hätte er die Monroedoktrin von Anfang an verständnisvoll zustimmend an den Busen gedrückt. Gewiß hat er sich stets gefreut, daß andere nicht mehr in Mittel- und Südamerika kolonisieren sollten, aber sich selbst dabei ausgenommen. Als er dann herausfand, daß die nordamerikanische Doktrin auch gegen ihn wirkte, bemühte er sich wenigstens dafür zu sorgen, daß die USA. nicht zu sicher und mächtig würden. Tatsächlich hat er bis über 1900 hinaus ihrer Anwendung einen Stein nach dem andern in den Weg geworfen.

Die amerikanische Regierung hatte Gründe genug, vor der britischen Politik in Amerika auf der Hut zu sein. Beispielsweise 1867, als Rußland sein nordamerikanisches Siedlungsgebiet am Nordende des Kontinents, „Russisch-Amerika“, den Vereinigten Staaten zum Kauf anbot, nahm Staatssekretär Seward dieses Angebot auf der Stelle an, weil er fürchtete, das Gebiet würde sonst in Englands Hände fallen. Dieser Alaskakauf sollte noch nach Jahrzehnten langwierige Verhandlungen mit der englischen

Regierung zur Folge haben, besonders als Kanada in den 1880er Jahren unmögliche Gebietsansprüche erhob. Erst 1903 konnte der Alaska-Grenzstreit in London schiedlich-friedlich zu Amerikas Gunsten erledigt werden.

Bedeutend schwieriger und gefährlicher sollte sich die Venezuela-Frage erweisen. Mit welcher Hartnäckigkeit hat da London viele Jahre seine altüberlieferte habsüchtige Landpolitik verfolgt! 1895 endlich wandte sich Venezuela um Hilfe an die Vereinigten Staaten und erbat Schutz vor britischen Annexionsabsichten unter Bezug auf die Monroedoktrin. Staatssekretär Olney schaltete sich sofort energisch ein und schickte eine Note nach London, die einem Ultimatum gleichkam und an die kritischsten Tage des Bürgerkriegs erinnerte. Lord Salisbury leugnete die Anwendbarkeit der Monroedoktrin auf diesen Fall und lehnte ein Schiedsgericht ab. Er ähnelte Canning und Russell, antwortete unnachgiebig gereizt, während die Presse schrille Denunziationen gegen den „unverschämten Yankee" ausstieß. Damals fiel auch das Wort von der amerikanischen „Hemdsärmeldiplomatie". Darauf legte Präsident Cleveland, der an sich friedlich genug gerichtet war, den Streit dem Kongreß vor. In seiner Botschaft vom 17. Dezember 1895 forderte er einen amerikanischen Ausschuß, der die gesamte Venezuela-Angelegenheit untersuchen und entscheiden solle. Er erklärte es für die Pflicht der Vereinigten Staaten, sich mit allen verfügbaren Mitteln einer etwaigen Aneignung amerikanischen Landes durch Großbritannien „als absichtlichen Angriff auf ihre Interessen" zu widersetzen. Krieg sei besser als „eine hilflose Unterwerfung unter Unrecht und Ungerechtigkeit und als der sich darauf ergebende Verlust nationaler Selbstachtung und Ehre".

Der Bundeskongreß stimmte Präsident Cleveland einmütig zu. Das ganze amerikanische Volk stand mit ungeheurer Einigkeit und Heftigkeit hinter seiner Regierung. Unbeugsamer Nationalismus und kampfbereite Feindseligkeit gegen Großbritannien waren ein und

dasselbe geworden. Sie wurden von dem gebührenden Erfolg gekrönt. Allerdings trug dazu mittelbar die Tatsache bei, daß die britische Öffentlichkeit plötzlich die „deutsche Gefahr" wittern wollte. Kaiser Wilhelms II. Glückwunschtelegramm an Ohm Krüger über den abgeschlagenen räuberischen Jameson-Raid verursachte einen Wutausbruch in Britannien, der im Nu jedes Interesse an Venezuela vergessen ließ. Mit Professor Dunning zu reden: „Yankee-Einmischung in Südamerika erregte nur noch mildes Bedauern, deutsche Einmischung in Südafrika stachelte die wildeste Kampfleidenschaft an." So und nur so kam es zu einem weiteren „angelsächsischen" Kompromiß über Venezuela.

Trotzdem war Venezuela für das amerikanische Volk nicht so „mild" erledigt wie anscheinend für Großbritannien. Dazu hatte es sich in seiner Abwehr zu einmütig und entschlossen gefühlt, ebenso im Bewußtsein der vergangenen Erfahrungen mit dem selbstsüchtigen Albion. Das zeigte sich wieder schlagend bei den englisch-amerikanischen Verhandlungen um einen Schiedsgerichtsvertrag. In der amerikanischen Regierung saßen stets in überwältigender Mehrzahl Englischamerikaner, hin und wieder sogar eingefleischte „Britlinge", die in ihrer Politik nach London schielten. Denen gegenüber hatte es das Volk oft sehr schwer, seine Neigungen und Absichten durchzusetzen. Der Schiedsgerichtsvertrag vom 11. Januar 1897 war etwas übereilig geschlossen worden, ohne Rechnung mit dem allgemeinen Mißtrauen gegen die britische Politik und dem volkstümlichen Verdacht, Onkel Sam könnte einmal wieder übers Ohr gehauen werden, selbst auf dem Umweg über eine zwangsläufige Schiedsgerichtsbarkeit (arbitration), die so plötzlich und so merkwürdig erschien nach all dem Vorgefallenen. Daher wurde der neue Vertrag mit Großbritannien glatt abgelehnt.

Man hat im englischen Schrifttum viel aus dem Wort des Kapitäns Tattnall vom Jahre 1859 „Blut ist dicker

als Wasser“ gemacht, so als wäre das die „Theorie“ des ganzen amerikanischen Volkes. Natürlich sollte sie das im britischen Interesse sein; denn dann hätte man einen jederzeit herbeizurufenden „natürlichen Verbündeten“ in der amerikanischen Macht gehabt!

Tatsächlich war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Tattnalls Ansicht durchaus nicht die allgemeine Auffassung in der amerikanischen Marine. Im Gegenteil rechneten militärische Sachverständige damit, daß im Fall eines Kriegs mit England die amerikanische Flotte die Zerstörung des britischen Handels zum Hauptziel haben müßte. Für solche Kriegsführung war es nötig, über San Francisco hinaus Flottenstützpunkte zu besitzen. Aus dieser Erwägung suchten die amerikanischen Marinekreise in erster Linie Eroberungen oder Besitzergreifungen im Pazifik. Die Annexion von Hawai, die endlich 1898 vollzogen wurde, gehörte zu diesen Bestrebungen; schon 1884 entstand hier in Pearl Harbor eine wichtige amerikanische Marinestation.

Gerade ernsthafte amerikanische Marinestrategen sprachen hin und wieder von der Notwendigkeit, daß Amerika zur eigensten Sicherung von Kanada Besitz ergreifen müsse. Am 28. Dezember 1895, in der Venezuela-Krise, erklärte General Carlin im Army and Navy Journal: „Wenn Kanada für uns gesichert ist, werden wir nach Jamaika Geschwader senden, um diese Insel und die andern westindischen Gebiete Englands zu nehmen.“ Am 24. April 1897 schrieb dieselbe Zeitschrift: „Gestützt auf eine Kette von Festungen, Kohlenstationen und Ergänzungsdepots vor unseren Toren (d. h. in Westindien) befindet sich England in einem für den Krieg vorbereiteten Zustande, während wir unvorbereitet sind. Wenige Tage nach der Kriegserklärung könnten mächtige Geschwader an unseren Küsten erscheinen. In der Geschichte der britischen Nation gibt es nichts, was lehrt, daß sie dies nicht tun würde, wenn ihr Interesse es geböte.“ Wünsche auf Jamaika wurden in der amerikanischen Presse 1906

besonders heftig laut und verursachten erneut die altbekannten englisch-amerikanischen Reibereien. Sie sind aber selbst durch die beiderseitigen Erklärungen der Regierungen nicht erledigt worden. Eines Tages hofft man auf ihre natürliche Befriedigung.

Der erwähnte englisch - amerikanische Schiedsvertrag von Anfang 1897 zeigte eine Wende im Verhältnis der beiden Staaten an, in erster Linie natürlich der Regierenden in beiden Ländern. Großbritannien zeigte zuerst seinen „guten Willen", nachdem es endlich die wachsende weltpolitische Bedeutung der USA. erkannt hatte, und ging sofort daran, nunmehr so systematisch eine offizielle Freundschaft zu entwickeln, wie es vorher die arrogante Bevormundung und gereizte Überlegenheit Amerika gegenüber angewandt hatte. Der Londoner Botschafterposten wurde mit John Hay besetzt, dem Champion der unbedingten englisch - amerikanischen Freundschaft. Er ließ sich ständig vom britischen Imperialismus inspirieren und meinte der amerikanischen manifest destiny am besten zu dienen, indem er mit den Briten gemeinsame Sache machte.

Die amerikanischen Volksmassen, nicht allein die Iren und Deutschamerikaner, wie John Hay einmal zynisch meinte, empfanden öfter, mal mehr, mal weniger deutlich, daß die amerikanischen Belange bei dieser „Freundschaft" nicht gediehen, ja daß mancher lebensechte und wertvolle Amerikanismus der politischen Lebensführung dabei langsam und sicher zugrunde gerichtet wurde. Ihr politischer Instinkt war dabei sicherer und richtiger als alles krampfhaft systematisierte „Angelsachsentum", mit dem die führenden Kreise Amerikas wie Englands paradierten. Dahin gehörte auch das in der Union ziemlich verbreitete Gefühl, das sich die engen „angelsächsischen" Beziehungen auf Kosten Dritter, nämlich Deutschlands, auswirkten.

Das zeigten gleich der Krieg mit Spanien und der Burenkrieg. Amerika genoß mit Befriedigung die mora-

lische Billigung und wohlwollende Neutralität Englands während seines Kampfes und (nach Dr. Charles A. Beards Wort) „die herzliche Patronage" beim Friedensschluß. Dafür erwartete dann Großbritannien mindestens dieselbe Haltung von den USA. im Burenkrieg, den es bekanntlich nicht gegen das — Volk der Buren, sondern „nur" gegen den „Krügerismus" führte. Expräsident Benjamin Harrison, der sich 1901 über die Unmöglichkeit einer „British Alliance" ausließ, lehnte das britische Rechnen auf die amerikanische „Dankbarkeit" ab. Die freundliche Nichtintervenierung 1898 habe Großbritannien nichts gekostet, aber mit dem Burenkrieg verhalte es sich anders. „Denn zu sagen, daß wir bei Großbritannien im Unrecht stehen müssen, weil es bei uns im Recht stand, das ist nicht vernünftig, sondern die camaraderie von Räubern (brigands)." Harrisons Verurteilung des Burenkriegs mit seinen verschiedenen Begleiterscheinungen endet mit der Schicksalsfrage an die amerikanische Politik: „Wenn wir entweder das Recht verloren haben, den Angreifer zu verdammen, oder die Fähigkeit zu bedauern, wenn eine Republik stirbt, dann ist das ein beklagenswerter Verlust."

Gerade diesen Verlust müssen wir in der Haltung Amerikas im Burenkrieg feststellen. Hatte man sich noch vor wenigen Jahren gegen die schlimmen Konzentrationslager auf Kuba empört, jetzt fand man keinen Abscheu gegen die mindestens so barbarischen Konzentrationslager der Briten für Burenfrauen und Burenkinder. Die amerikanischen Volksmassen, wie das unverdorbene Volk in den meisten andern Kulturnationen, bereiteten zwar der Burenmission einen begeisterten Empfang in den Straßen. Aber in Washington wußte man genau, daß Amerikas technische Neutralität sowieso allein zugunsten Großbritanniens ausschlagen würde. Präsident McKinley stand vorbehaltlos im britischen Lager und zeigte das auch beim Empfang der Burenmission unverhohlen. Gleich nachdem die Ansprache der Mission vorüber war, las er

eine *vorher* fertig geschriebene „Antwort“ vor. Eines der Mitglieder der Mission, Wolmarans, berichtete weiter: „Im Laufe des Interviews ging der Sekretär zufällig im Zimmer herum, und da an der offenen Tür, die in den nächsten Raum führte, fand er Lord Pauncefote, den britischen Gesandten, der in Hörweite der Verhandlungen saß.“ Die Amerikanerin Cornelia Steketee Hulst, die diesen Vorgang in ihrem Heft „Our Secret Alliance“ (1917) beschreibt, fügt hinzu: „Es ist nur zu hoffen, daß die amerikanische Diplomatie niemals einen niedrigeren Tiefstand erreicht hat!“

Wie weit die Verwirrung im amerikanischen Volk ging, dafür gibt Mark Twain ein klassisches Zeugnis. Der einer der aufrechtesten und weitherzigsten Amerikaner des 19. Jahrhunderts war, schrieb einem Freunde im Januar 1900 aus London: „Unter uns gesagt, es ist ein abscheulicher und verbrecherischer Krieg (der Burenkrieg) und in jeder Weise unentschuldbar ... Aber England darf nicht fallen; das würde sonst eine Überflutung der ganzen Welt mit russischen und deutschen politischen Entartungen bedeuten, die die Erde in eine mittelalterliche Nacht und in Sklaverei tauchen würden ... *England muß gehalten werden, selbst wenn es im Unrecht ist, und es ist im Unrecht. Wer jetzt gegen England spricht, der ist ein Feind der Menschlichkeit.*“ Und dieser Mark Twain setzte sich sein Leben lang gegen die Lüge in jeder Form ein und schrieb die ergreifende Geschichte über „den Mann, der Hadleyburg verdarb“, nämlich mit einer Lüge!

Die Mehrzahl der amerikanischen Kulturschicht fühlte wie er. Englands anfängliche Demütigung und brutaler Endsieg wurden stark mitempfunden, doch das „Angelsachsentum“ war derart in ihnen angestachelt, der Wahn von der „göttlichen Konzession“, welche die „Angelsachsen“ über die ganze Welt besitzen sollten, ihnen so mächtig eingeredet worden, daß in ihrem Innern kaum

noch ein politisches Anstandsgefühl gegen andere Staaten und Völker wachgeblieben war.

1903 erklärte der Herzog von Devonshire offiziös: „Großbritannien erkennt die Monroedoktrin ohne weitere Einschränkung vollkommen an." Praktisch hatte das seine Regierung schon in den Verhandlungen um den Panamakanal getan. 1901 war der Hay-Pauncefote-Vertrag geschlossen worden, der den alten Clayton-Bulwer-Vertrag vom Jahre 1850 ganz zugunsten der Union ablöste. Damit war Großbritannien im großen und ganzen aus Mittelamerika verdrängt oder zumindest in die letzte Verteidigungslinie gedrängt. Die Kanalzölle sollten später noch Schwierigkeiten schaffen. Der neue Vertrag sicherte ausdrücklich den Schiffen aller Nationen gleiche Behandlung mit den amerikanischen zu. Trotzdem kam 1912 unter Präsident Taft aus Liebedienerei vor Amerikas Schiffahrtsinteressen ein Gesetz zustande, das nur amerikanische Küstenschiffe von den Zöllen befreite. England protestierte energisch dagegen, aber zuerst vergeblich. Endlich unter Wilson im Frühjahr 1914 wurde der vertragliche Zustand hergestellt, und zwar allein im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit mit britischen Interessen in Mexiko sowie später im Weltkrieg. Der Kanal war ja noch rechtzeitig für den Krieg fertig geworden.

Welche Bedeutung Wilsons Schritt von den Briten und allen Anhängern einer „British-American Union" beigemessen wurde, das geht vielleicht am besten aus Andrew Carnegies Lobeshymne hervor: „Ich sehe in naher Zukunft einen neuen Herrscher auf der Weltbühne auftreten, der sich das Recht auf Unsterblichkeit erwerben wird. Der Mann, der die Ehre seines Landes in dem Panamakanalkonflikt gerettet hat, ist jetzt Präsident. Er besitzt die unbeugsame Willenskraft des genialen Menschen. Dem Genie ist nichts unmöglich. Auf den Präsidenten Wilson wird man achten müssen."

Jetzt wurde auch der alte englisch-amerikanische

Schiedsgerichtsvertrag von 1897 erneut in Angriff genommen. 1908 kam er nach vielerlei Gegnerschaft im Kongreß in gemilderter Form zustande. Er entsprach zugleich einer Weltbewegung für Frieden und friedlichschiedliche Vereinbarungen unter den Völkern. Daß dieses Haager Friedenswerk mit der von den beiden Mächten betriebenen „angelsächsischen Obergewalt" im Grunde unvereinbar war, kam anscheinend keinem „Angelsachsen" in den Sinn. Jedenfalls bauten sie beides, die Friedensbewegung und die Sache des Schiedsgerichts im Völkerverkehr, sehr klug und bestimmt in ihre Weltbeherrschungspläne ein, so daß sie hinter diesem schönen Wandschirm alles an gemeinsamer Machtpolitik, an brutalem Imperialismus wie einer ebenso kriegerischen Dollardiplomatie begehen konnten.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das imperialistische Zusammenarbeiten der beiden Mächte sowohl die Friedensbewegung als auch den Schiedsgerichtsgedanken von Grund aus vergiftet und ins gerade Gegenteil verwandelt hat. Daß sich Friedensgesellschaften fast gleichzeitig in London und New York organisierten, ist kein Zufall gewesen, auch nicht, daß sich Schwer- und Rüstungsindustrielle in beiden Ländern zur kapitalistischen Mithilfe bereit fanden. Die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden (1910) war zugleich symbolisch für den Friedensgedanken in beiden Ländern; Carnegie selbst sagte ganz ehrlich, er verstände unter Weltfrieden „wenigstens (!) den des Friedens zwischen den englischsprechenden Völkern". Wo in den Organisationen, z. B. für „internationale Versöhnung" (International Conciliation), der Begriff international erschien, meinte man allermeist nur die Gemeinsamkeit der „Angelsachsen", englisch u n d amerikanisch. Zweifellos gehörten in beiden Ländern zahlreiche wohlmeinende Idealisten und eifrige Fanatiker zur „Friedensarbeit", aber sie entschieden nicht, das taten allein die Persönlichkeiten, die in einem Atem von „Weltfrieden" und der „Anglo-Ame-

rican Federation" redeten. Carnegies und Präsident Butlers (Columbia University) beste Bundesgenossen waren die britischen „Empire-Baumeister" wie Cecil Rhodes und die Chamberlains oder „Pazifisten" wie W. T. Stead, der Verfasser der Schrift Americanisation of the World (1902) und Befürworter einer „Reunion".

Eine ganz eindeutige englisch-amerikanische Kampforganisation war die „Liga zur Erzwingung (!) des Friedens", die 1915 gegründet wurde und Expräsident Taft zum Vorsitzenden hatte. Ihr Vizepräsident war übrigens John Hays Hammond, der allerpersönlichst mit Rhodes und seiner britischen Raubpolitik in Verbindung gestanden hatte. Er war als amerikanischer Bergbauingenieur in Südafrika und mit am Jameson Raid beteiligt. Vor Gericht wurde ihm der verbrecherische Versuch nachgewiesen, einen Krieg durch die denkbar gröbste Entstellung von Nachrichten anzuzetteln. Dieser friedliebende und „neutrale" Amerikaner hatte nämlich den herrlichen Einfall gehabt, den räuberischen Überfall des Dr. Jameson und seiner „Reformer" moralisch-sittlich aufzufrisieren. Deshalb hatte er ein rührendes Telegramm verfaßt, das im Interesse der bedrohten Sicherheit von Frauen und Kindern um Hilfe rief. Das geschah zwei Monate v o r dem „Überfall" im Interesse der Zivilisation und Menschlichkeit. Erst im rechten psychologischen Moment wurde dann das Telegramm abgeschickt. In Wirklichkeit aber waren Frauen und Kinder niemals in irgendwelcher Gefahr gewesen, ja, wie Mark Twain in seinem Reisebuch Following the Equator (1897) schrieb, allein „die Annäherung des „Retters" von Johannesburg schuf Panik und Bestürzung"!

Insofern der Schiedsgerichtsgedanke ehrlich gemeint und von Großbritannien und den USA. in ihren stürmischen Beziehungen tatsächlich selbst angewandt wurde, ließ sich nichts dagegen sagen. So wurden jahrzehntelange Streitigkeiten über Fischereirechte in der Behring-See und den Neufundlandbänken 1893, 1910 und 1911

schiedsgerichtlich beigelegt, ohne daß deshalb irgendwelches Aufhebens zu machen wäre.

Auf die brennendsten Weltfragen oder auf die Lebensinteressen eines Volkes konnte der Schiedsgerichtsgedanke jedoch praktisch nicht ausgedehnt werden. Selbstverständlich dachten die beiden „Angelsachsen“ auch niemals für sich daran, einen begehrten Machtzuwachs, z. B. im spanischen Kolonialgebiet oder in Südafrika, von einem internationalen Schiedsspruch abhängig zu machen. Das schlossen schon ihr gesunder Egoismus und ihre moralisch gefärbte nationalistische Ideologie von selbst aus oder, wie der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag von 1908 sagte: „vital interests“ und „national honor“. Trotzdem sollten andere Mächte, z. B. Deutschland, wie zum Schiedsgericht so später zum Frieden gezwungen werden. Das ging deutlich aus britischen Reden und Zeitungsartikeln des Jahres 1911 hervor. Der reichlich probritische Präsident Taft schloß nämlich im Sommer 1911 einen Vertrag mit Großbritannien und Frankreich ab, der ursprünglich „unbegrenzte schiedsrichterliche Einigung für alle Zeiten“ mit England vorsah. Sofort danach erklärte sich Sir Edward Grey in einer öffentlichen Rede beglückt darüber und folgerte: „Dies würde wahrscheinlich zu einem Übereinkommen führen, sich in jedem Fall miteinander zu verbinden (join), wenn einer von beiden einen Streit mit einer dritten Nation haben sollte, die eine schiedsrichterliche Einigung abgelehnt hatte.“ Die beiden „Angelsachsen“ planten Deutschland zum Schiedsgericht zu zwingen oder bei seiner Ablehnung unter dem moralischen Vorwand des Friedens- und Vertragsbruchs zu bekriegen. Es kam einer Nötigung gleich. In diesem Sinne machte Grey Deutschland wirklich kurz vor Ausbruch des Weltkriegs den Vorschlag einer schiedsgerichtlichen Einigung, sogar schon während Rußland mobilisierte und jeder Tag Aufschub

einen unwiederbringlichen militärischen Verlust bedeutete.

Die amerikanische öffentliche Meinung durchschaute das britisch-amerikanische Trickspiel genügend, um heftig dagegen zu protestieren. Die Washington Post schrieb grundsätzlich: „Friede, Handel und ehrliche Freundschaft mit allen Nationen, verwickelnde Allianzen mit keiner, das ist Teil der ungeschriebenen Verfassung der U. S." Und eine Chikagoer Zeitung lehnte den vorgesehenen Vertrag ab als „ein herrliches taschenspielerisches Arrangement für uns, daß wir gezwungen sein sollen, uns mit jeder europäischen Nation Englands wegen zu streiten"! Präsident Taft mußte seinen ursprünglichen Vorschlag fallen lassen. Er schloß aber bald einen anderen Schiedsvertrag mit England und Frankreich ab, ohne den Appell an die Welt zu einer „general arbitration". Ein amerikanischer Schriftsteller meinte 1917 dazu: „Es besteht die Aussicht, daß die heiligen Namen von ‚Frieden' und ‚Schiedsgericht' unter uns während der letzten Jahre einfach gebraucht worden sind, um die Kriegspolitik gegen Deutschland zu verhüllen!"

Allgemein diente die englisch-amerikanische Zusammenarbeit dem Weltfrieden nur sehr wenig. Jedenfalls brachte sie weder eine bessere Weltordnung noch auch einen Imperialismus mit höherer Verantwortung. Nicht zum eigenen Besten haben sich die Amerikaner manches Schlechte vom größerbritischen Imperialismus und dessen Methoden angeeignet. Die Kennzeichnung, die der nordamerikanische Schriftsteller Thayer dem Charakter des Präsidenten McKinley gegeben hat, trifft auch auf manchen andern der amerikanischen Imperialisten zu: „Er besaß die Kunst, einen moralischen Schein über politische Maßnahmen zu werfen, die zweifelhafter Güte, wenn nicht tatsächlich unmoralisch waren." Auch sachliche Methoden lassen an den britischen Lehrmeister denken. So reihten sich einige Kapitel im Kampf gegen die Filipinos der barbarischsten Kriegführung im Burenland,

in Asien oder Afrika würdig an die Seite. Hingegen sind die Amerikaner vor den gemeinsten Mitteln der britischen Kolonialpolitik doch stets zurückgeschreckt. Das ist zu ihrer Ehre zu sagen, wie sie auch die Zivilisierung ihrer Kolonialvölker gänzlich verschieden von den Briten, eher wie wir Deutsche betrieben haben; sie haben besonders erfolgreich für Sozialhygiene und Volkserziehung gewirkt. Beispielsweise haben sie zwar das Land für ihren Panamakanal in echtbritischem Empire-Stil „genommen“, dann es jedoch großzügig systematisch saniert; das ist dem gesamten Isthmus-Gebiet zum Segen geworden.

Dem Deutschen Reich insbesondere hat die „angloamerikanische Bruderschaft“ ungeheuren Schaden zugefügt. Das wäre kaum der Fall gewesen, wenn die USA. wirklich seit der Jahrhundertwende eine selbständige klare und echt amerikanische Außenpolitik gehabt hätten. Sobald sie aber einmal mit Großbritannien unter allen Umständen zusammengehen wollten, war bei ihrem geringen Wissen um europäische Zustände und Zusammenhänge und ihrem ebenso geringen guten Willen Mitteleuropa und Deutschland gegenüber nur Unheil möglich. Der ständigen brutalen Interessenpolitik und gleichzeitigen systematischen Hetze Großbritanniens gegen alle deutschen Absichten und Schritte in der Weltpolitik war Amerika weder geistig noch sittlich gewachsen. Aus blinder Zuneigung schluckten die amerikanischen Regierenden einfach alles, und seine „Führenden“ ahnten gar nicht, wie wenig sie in der gemeinsamen „angelsächsischen“ Front führten, wie viel sie geführt und irregeleitet wurden.

VII. Weltkrieg und Versailler Diktat

Die Geschichtsforschung weiß heute, daß die englisch-amerikanische Verbrüderung mit in die Vorgeschichte des Weltkriegs gehört, daß sich die USA. mitschuldig ge-

macht haben an der Verlängerung und an dem endlichen Ausgang des Kriegs und mitschuldig auch an dem Versailler Friedensdiktat. Sie haben sich auch an dem Kampf der Falschheit und Verleumdung gegen Deutschland unbedenklich mitbeteiligt und britische Zwecklügen noch aus eigenem Kriegeseifer übertrumpft. Dafür gibt es ein bezeichnendes britisches Zeugnis.

1928 veröffentlichte das englische Parlamentsmitglied Arthur Ponsonby sein offenherziges Büchlein: Falsehood in War-Time. Darin heißt es: „Es gab kein reicheres Feld für Propaganda als die USA. in den ersten Jahren des Krieges ... Greuel, Deutschlands Alleinschuld, der Verbrecher Kaiser und all die andern Fabrikationen, die in Großbritannien entstanden, wurden von amerikanischen Lügnern mit großer Wirkung aufgeführt. Das belgische Baby ohne Hände war ein besonderer Liebling. Es gab kaum einen Haushalt über den ganzen Kontinent, wo es nicht diskutiert wurde, und selbst eine so lächerliche Schreckerfindung wie die Zementplattformen für deutsche Kanonen (nämlich an allen möglichen Stellen in Amerika!) lief in Kalifornien um ... Der Wahnsinn, mit dem die Kriegspropaganda in Amerika gemacht wurde, überstieg alles, was wir hier (in England) erfahren haben.“

Lange ehe die eigentliche britische Kriegspropaganda begann, hatten sich fast alle großen Organe der öffentlichen Meinung in Amerika aus Sensationsgier, Ignoranz und sentimentaler probritischer Parteilichkeit ein ebenso häßliches wie falsches Bild vom Deutschen Reich gemacht. Das erschien, was Großbritannien wirklich war, als eine widrige, bösartige Macht, die allein für ihre eigenen niederträchtigen Ziele die ganze Welt in eine so unglaubliche Katastrophe gestürzt hatte. Die journalistischen „Beweise“ für solche Auffassung lieferte selbstverständlich die britische Propaganda. Es brauchte nicht mal der Secret Service oder eine andere offizielle Quelle zu sein, irgendein englisches Zeitungsblatt, ein noch so törichtes Gerücht in London genügte dem amerikanischen Zei-

tungsmann vollkommen. Dazu muß man wissen, daß damals Großbritannien das gesamte Nachrichtenwesen der Welt kontrollierte. Die amerikanische Presse stand in hohem Maße unter britischem Einfluß. Nicht nur die New York Times hatte an der Spitze ihres Londoner Büros einen Briten zu sitzen. London war nach Feststellung des amerikanischen Journalisten Walter Millis „nicht nur die kulturelle und gesellschaftliche Hauptstadt unserer reicheren und einflußreicheren Klassen; für alle europäischen Nachrichten war London ebenso unsere ‚Presse-Hauptstadt' (our newspaper capital)".

Als die britische Regierung die letzten Kulissen für den programmgemäßen Anfang des Weltkriegs zurecht schob, war sie der Regierenden und Führenden und eines wesentlichen Teils der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten sicher. Sie schaute auf Grund der anglo-amerikanischen Entente der Zukunft zuversichtlich entgegen. Sie hätte nicht aus den hartgesottensten Berufspolitikern des britischen Empire bestehen müssen, um die sachlichen und persönlichen Gegebenheiten des amerikanischen Zustandes ganz zu erfassen und jederzeit skrupellos auszunutzen.

Von Anfang an spielten die leitenden britischen Persönlichkeiten mit dem persönlichen Zauber, den sie gesellschaftlich auf amerikanische Gentlemen auszuüben in der Lage waren. In diesem Zusammenhang konnte man geradezu von einem sentimentalen Kolonialismus auf amerikanischer Seite reden. So war der Londoner Botschafter Page der Liebenswürdigkeit Sir Edward Greys mit anbetender Verehrung verfallen. Wie ein scharfsinniger amerikanischer Journalist einmal schrieb: „Das war nicht der geeignete Geisteszustand, um eine genaue Einschätzung der satanischen Kräfte zu gewährleisten, die unter der Oberfläche der europäischen Politik am Werk waren." So lange Page in London war, hat er die ernstesten Verstöße Großbritannien bagatellisiert, jede energischer gemeinte Vorstellung seiner Regierung gemildert

und damit den letzten Rest der amerikanischen Selbständigkeit auf diplomatischem Gebiet unterminiert. Er war wirklich immer der beste Vertreter Großbritanniens. Um nur ein kleines Beispiel zu erwähnen: Wilsons Angebot seiner guten Dienste beim drohenden Kriegsausbruch. Er kabelte am 28. Juli 1914 an Page, um herauszufinden, ob sein Angebot „annehmbar" wäre. Page lief mit seinem „vollen Vertrauen" zu Grey. Danach antwortete er dem Präsidenten nicht mit seinem eigenen verantwortungsbewußten, wohlerwogenen und vom amerikanischen Interesse diktierten Rat, sondern mit Greys britischen Argumenten.

Noch schwerwiegender sollte sich die Verblendung von Colonel House, dem langjährigen Vertrauten und Berater Präsident Wilsons, auf die Außenpolitik seines Landes auswirken. Nachdem er Grey im Februar 1915 kennengelernt hatte, schrieb er begeistert verwirrt in sein Tagebuch: „Wenn jede kriegführende Nation einen Sir Edward Grey an der Spitze ihrer Auslandsangelegenheiten hätte, dann würde es keinen Krieg geben; und wenn Krieg wäre, dann würde er bald beendet werden", nämlich nach weitherzigen und selbstlosen (!) Grundsätzen! Das war derselbe Grey, der die entscheidenden Abreden mit Frankreich und Rußland getroffen und damit die erste Verantwortung für die planmäßige Vorbereitung des Weltkriegs auf sich geladen hatte. Derselbe Grey übrigens, der sämtliche wohlgemeinten Unternehmungen von Wilson und House für Vermittlung und Frieden sich totlaufen ließ.

Als House seine infolge von Greys Ablehnung mißglückte Vermittlungsaktion im April 1915 wieder in Gang bringen wollte, fand er sogar noch Trost in einer völlig unzutreffenden sentimentalen Verherrlichung Großbritanniens: das sei, meinte er, die einzige kriegführende Macht, die in dem großen Völkerringen eine Katastrophe der Menschheit sehe! Die anderen Mächte hätten nur ihre nationalen Belange im Auge! Folglich müßten hinfort die angelsächsischen Länder an dem Aufbau einer neuen Welt-

ordnung arbeiten! Deshalb fiel auch eine Bemerkung Kitcheners auf fruchtbaren Boden. Der General meinte: „Mit amerikanischen Truppen auf der britischen Seite werden wir an der Westfront französische Truppen nicht benötigen, sondern können sie als Reserve behalten.“ House war fassungslos „entzückt“ über solchen Freimut, solchen Takt und ein so edles Angebot, daß er den Beweggrund des britischen Heerführers gar nicht begriff: amerikanische Soldaten sollten für „Frieden und Humanität“ kämpfen „in einer Weise, die den Zwecken des britischen Imperialismus bei weitem mehr entsprach“, mit einem amerikanischen Jurnalisten zu reden.

So wurde aus Houses weltpolitischer Sendung nur eine weitere Gelegenheit im Sinne der anglo-amerikanischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Denn eigentlich alle House-Reisen nach Europa standen unter diesem Zeichen und liefen deshalb nach britischer Steuerung und im britischen Interesse ab. Sie wurden durch geschickte Stimmungsmache in London vorbereitet und ausgewertet. In Washington dachte der Regierungschef nicht viel anders als sein Berater und sein Botschafter, mit beiden teilte er „natürliche Instinkte“, fürchtete den deutschen Sieg und stand gefühlsmäßig von Anfang seiner öffentlichen Laufbahn an auf britischer Seite. Als im Sommer 1915 ein Mitglied seines Kabinetts ein Druckmittel gegen die Alliierten anregte, damit sie die Blockade lockerten, brach der Präsident los: „Die Alliierten stehen mit dem Rücken gegen die Wand und bekämpfen wilde Tiere. Mit meiner Erlaubnis wird nichts von unserem Land getan, was sie in der Durchführung des Kriegs hindert oder in Verlegenheit setzt, außer daß zugegebene Rechte grob verletzt werden“ (nach Houses „Intimate Papers“).

Staatssekretär Bryan, der ein ehrlicher Volksmann und nichtbritisch gesonnener Amerikaner war, bezichtigte einmal das Kabinett der „proalliierten Voreingenommenheit“. Natürlich wurde er vom Präsidenten deshalb scharf getadelt, aber die Geschichte hat ihm Recht gegeben. Nach

seiner Resignation wurde Lansing Staatssekretär, auch er von Grund auf probritisch und mit seiner Politik auf die englisch-amerikanische „Freundschaft" eingestellt, deshalb so zwiespältig wie sein Herr und Meister Wilson. Eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik war diese Neubesetzung nicht, höchstens eine Aktivierung.

Die gefährlich sentimentale Einschätzung britischer Fragen und Persönlichkeiten mußte bereits Wilson-Houses Friedensschritt vom Jahre 1913 im Keim ersticken. Deutschland sollte in das anglo-amerikanische Einverständnis einbezogen werden. Nichts einfacher, als daß House sich einmal vertraulich mit dem Sekretär von Grey, Sir William Tyrrell, aussprach, der im Dezember d. J. zur Erledigung der Panamazölle gerade in Washington war. Für den Amerikaner war diese Friedensreise, die im Frühjahr 1914 tatsächlich stattfand, „The Great Adventure", für den Vertrauten Greys jedoch eine willkommene Gelegenheit, den altruistischen Plan der USA. in eine reinbritische Unternehmung gegen Deutschland zu verdrehen. Was Großbritannien 1912 nicht fertiggebracht hatte, durch unmittelbare Verhandlungen zu erreichen, nämlich die angebliche „Bedrohung" durch die deutsche Flottenpolitik zu überwinden, das sollte jetzt die Unionspolitik mittelbar besorgen. Gelang es nicht, so ließ sich bei der amerikanischen Leichtgläubigkeit bequem alle Schuld auf die schlechtwilligen Deutschen schieben, und zugleich hatte die anglo-amerikanische Freundschaft eine neue Vertiefung erfahren. Es trat genau so ein, doch weder Präsident Wilson noch sein Agent ahnten, wie sie beide nur als Instrumente britischer Interessenpolitik wirkten.

Das führte ganz logisch und zwangsläufig zu der unehrlichen Zwiespältigkeit bei den verschiedenen Wilson-Houseschen Friedensstiftungsversuchen vom September 1914, Oktober 1915 und endete in dem berüchtigten House-Grey Memorandum vom 22. Februar 1916. Darin wurde den Alliierten die Hilfe Amerikas für den Fall in sichere Aussicht gestellt, daß Deutschland entweder den

Frieden überhaupt oder die vorgeschlagenen Bedingungen ablehnen sollte. Grey erhielt damit eine carte blanche, die amerikanische Intervention sozusagen zu britischen Bedingungen; als letzte Reserve, sobald es den Alliierten militärisch ganz schlimm ergehen sollte; als Ansporn zum Durchhalten bis zu einem Vernichtungsfrieden, wofern es die Kriegslage erlaubte. Alles in allem eine einzigartige Waffe aus den Händen der größten „neutralen" Macht jener Tage.

Grey spricht in seinem Erinnerungsbuch einmal von dem Grundfehler, der für die Sache der Allierten verhängnisvoll geworden wäre, falls es zu einem B r u c h m i t d e n U S A. gekommen wäre. Deutschlands Politik beging nach Grey diesen Fehler, aber die Alliierten haben ihn „sorgfältig vermieden". Diese selbstgefällige Feststellung wird ein andermal etwas realistischer eingeschränkt: „Britisches Handeln ging dem britischen Argument voraus; das Risiko war, daß Handeln dem amerikanischen Argument folgen könnte." Das trifft den Kern der Sache: ein Maximum an Blockade und Seekrieg ohne einen Bruch mit Amerika, oder wie es ein Marinesachverständiger in einer Schrift über die Freiheit der Meere (New York 1929) einmal faßte: Eine Wirkung der britischen Blockade bestand darin, Deutschland so zu irritieren, daß es seinerseits Amerika irritierte, so daß die Briten die Daumenschraube beständig enger schrauben konnten."

Alles führte immer wieder auf Amerikas innere Haltung zurück: seine sentimentale Zuneigung für alles Britische, die am besten erklärt, warum sich die Regierung der Union so vieles an Rechtsbrüchen und Vergewaltigungen durch Großbritannien gefallen ließ. Als es sich, wenigstens in Präsident Wilsons Auffassung, zu energischeren Maßnahmen aufraffte, da war es zum Handeln viel zu spät; denn schon 1916 war aus dem „neutralen" Amerika das hauptsächliche Munitionsdepot der Alliierten geworden. Insofern hat tatsächlich das Profit- und Wirt-

schaftsinteresse am Weltkrieg Amerikas wachsende Unneutralität und schließlich Kriegseintritt bestimmt. Aber entscheidend gewirkt hat von Anfang bis zu Ende die amerikanische Mentalität. Die vielgerühmte Machtpolitik Woodrow Wilsons und seiner Mitarbeiter ist so zu drei Viertel Psychologie und nur zu einem ziemlich kläglichen Viertel Realpolitik gewesen.

Großbritannien wollte die Mittelmächte wirtschaftlich durch drei Mittel erdrosseln: durch die willkürliche Ausdehnung der Konterbandelisten, durch die „Pseudo-Blockade" mittels der „Reprisal Orders", die allen Handel mit Deutschland unterbrechen sollten, und durch das Rationierungssystem für das neutrale Nordeuropa. Die Aneignung und Kontrolle von neutralen Postsachen, die schwarzen Listen, der Mißbrauch neutraler Flaggen, die Bewaffnung von Handelsschiffen u. a. m., das diente nur zur Verfeinerung der britischen Hungerblockade. Alles kam auf das eine hinaus: eine Neutralität von Großbritanniens Gnaden, allein diktiert von seinem Interesse. Im Wege zu einer völligen Demoralisierung aller Neutralität und einer systematischen Aushungerung der Mittelmächte, ihrer bewaffneten Mächte wie ihrer Zivilbevölkerung samt Frauen und Kindern, standen allein die USA. Sie hatten die letzte Bestimmung darüber, ob Blockade ein System von Versklavungen aller Neutralen sein sollte, „ein System von Kontrakten", die mit Kanonen erzwungen wurden, oder eine Summe von völkerrechtlichen Bestimmungen.

Die Vereinigten Staaten konnten gar nicht anders, als sämtliche Gesetzlosigkeiten und Kunstgriffe der britischen Blokadepolitik zurückzuweisen. Sie begnügten sich jedoch mit formellen Protesten, die ihre grundsätzliche Stellungnahme sichern sollten, und vertrauten darauf, daß durch eine spätere schiedliche Regelung alle Schäden ausgeglichen würden. Die Rechnung hatte aber ein Loch: Deutschlands Rechtsanspruch. Die Brutalisierung der britischen Blockade hatte zur Verschärfung des deutschen U-Boot-Krieges als

berechtigter Notwehr gegen die englische Seepolitik geführt und damit zu einer Gefährdung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Hier nun kam die ganze unaufrichtige Zwiespältigkeit der amerikanischen Politik zum Vorschein. Wilson begegnete britischen Übergriffen mit Protesten, die nicht wehtaten, deutschen Notwehrmaßnahmen hingegen mit Warnungen und Drohungen, die praktisch auf eine Aufgabe der U-Boot-Waffe hinzielten. Als sich Deutschland mit einer Beschränkung des U-Boot-Krieges einverstanden erklärte, in der berechtigten Erwartung, daß die USA. Großbritannien zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere anhalten würden, wurde es von Washington zurechtgewiesen: „Die Verantwortlichkeit in solchen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.“ Das war ein klarer Rechtsirrtum, da ein Neutraler von den schädigenden Einwirkungen einer Kriegspartei nur dann verschont bleibt, wenn er kriegerische Maßnahmen, die seine Neutralität verletzten, der andern Partei nicht zuläßt. Die Neutralitätsverhältnisse sind eben rechtlich wie praktisch wechselseitig von- und untereinander bedingt und abhängig.

Wilsons zweierlei Maß für das britische und das deutsche Verhalten mußte ihn Schritt für Schritt weg von einer Neutralität wert des Namens und hin zu Intervention und Krieg führen. Es heißt aber zum Schaden auch noch den Spott fügen, wenn man der deutschen Regierung noch heute vorwirft, wie es der amerikanische Professor Seymour tut, sie hätte Amerika „erlauben“ sollen, „für sie den Kampf um die Freiheit der Meere gegen die alliierte Blockade zu führen“. Wilsons Politik hatte bislang nicht das geringste gegen Großbritanniens Gesetzlosigkeit ausgerichtet, hatte kein Kompromiß zwischen Blockade und U-Boot fertiggebracht und ernstlich auch gar nicht gewollt; denn sonst hätte sie naheliegende Druckmittel angewandt. Ihre Stellung war nämlich überaus stark. Die

Alliierten brauchten ihre Sympathie und mehr noch ihre Munition und konnten sich einen Bruch auf keinen Fall leisten. Grey fürchtete deshalb jede wirksame amerikanische Beeinträchtigung der britischen Blockade, vor allem ein Embargo auf die Munitionsausfuhr, aber er wußte auch, daß er der probritischen Wilson-Regierung alles bieten konnte.

Wilson wollte die Neutralität der USA. aufrechterhalten, aber versagte. Danach wollte er sich den Krieg moralisch erträglich machen, indem er ihn als Mittel hinstellte, um für eine neue internationale Ordnung zu kämpfen. Auch darin versagte er, ja machte sich schließlich an dem Schandvertrag von Versailles mitschuldig. Letzten Endes, weil er sich mit seinen Vorlieben und Rechtsbegriffen zu sehr an Großbritannien gebunden hatte, den traditionellen Verletzer der internationalen Rechtsordnung. In der Endwirkung trieb er so britische Politik und lieferte die Sache der Neutralen und des Völkerrechts einfach Großbritannien aus.

Das sprach um so mehr gegen ihn, als er stets Zweifel gegenüber den Kriegszielen der Alliierten gehabt hatte. Seine Hoffnung auf einen anständigeren und bleibenderen Frieden als den der Gewalt und Vernichtung ließ ihn am 21. Juli 1917 an House schreiben: „Wenn der Krieg vorbei ist, können wir die Alliierten zu unserer Denkweise z w i n g e n, weil sie dann unter anderem finanziell in unserer Hand sein werden." Das war vielleicht zur Selbstrechtfertigung gesagt, jedenfalls wurde es eine weitere verhängnisvolle Selbsttäuschung. Der Realpolitiker hätte wissen müssen, daß der Wandel von „einem halb vasallischen Neutralen" zu einem „Assoziierten" der Kriegführenden keine neue Verstärkung, sondern eine weitere Schwächung seiner Stellung bedeutete. Seine für die Alliierten gefährlichste Macht besaß er 1916. Er versäumte sie anzuwenden. Da er mit ihr nichts gegen britische Willkür und Gesetzesbrüche unternahm, stand sie ihm auch nicht

zur Durchsetzung etwaiger höherer Friedensziele zur Verfügung. Wie es der Senator Vandenberg in einer Rede vom 6. Mai 1939 unterstrich: „Ein bedeutender Historiker, der vorige Woche vor unserem Senate Foreign Relations Committee erschien, sagte aus, daß Präsident Wilsons große Friedensbotschaft vom Dezember 1916 den Weltkrieg beendet haben könnte, wenn ihr nicht unneutrale Handlungen und Einstellungen vorausgegangen wären, die ihr die zum Erfolg wesentliche Unparteilichkeit raubten."

VIII. Und jetzt?

Ob Wilsons gesamte Außenpolitik dem wahren amerikanischen Interesse gedient hat, ist mehr als zweifelhaft. Selbst die Reste der Neutralität, auf die er sich versteift hatte, vor allem das unbedingte Reiserecht auf der hohen See, sind später aufgegeben worden. Daß Washington nachträglich aus der U-Boot-Kontroverse mit ihren Rechtsfragen gelernt hat, beweist die spätere Neutralitätsgesetzgebung. Seit 1937 verbietet das Gesetz Amerikanern überhaupt das Fahren auf Schiffen von Kriegführenden. Damit ist Wilsons Rechtsstandpunkt von 1915 engültig aufgegeben.

Wichtiger ist das Fallenlassen der „absoluten Freiheit der Schiffahrt auf den Ozeanen", wie sie noch der erste Punkt in Wilsons Ansprache vom 8. Januar 1918, den Vierzehn Punkten, verkündete. Der Präsident hat gerade diese wichtige Forderung auf britisches Verlangen hin aufgegeben. Seitdem gibt es für die Vereinigten Staaten keine „Freiheit der Meere" in dem Sinn der überlieferten Neutralität mehr. Hardings Abrüstungskonferenz von Washington 1921 faßte das Problem von der machtpolitischen Seite und erzielte so etwas wie ein neues Gleichgewicht zur See. Aber die britische Anerkennung der Gleichberechtigung zur See hat wohl ein engeres Zusam-

mengehen der beiden „angelsächsischen“ Seemächte gebracht, jedoch ohne die Sache der Neutralen zur See zu fördern.

Es ist hier nicht der Platz, von den jahrelangen Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine bessere Neutralität zu sprechen und von der „Kompromiß-Neutralität“ von 1939. Im Jahre 1935 wurde auf den Druck der öffentlichen Meinung hin ein Waffen-Embargo verfügt, aber Ende 1939 wieder aufgegeben. In diesem Punkt ist man zu Wilsons Auffassung zurückgekehrt, wenn auch mit Vorbehalten wie der bekannten cash and carry-Klausel, wonach nur der amerikanische Transport, nicht die Lieferung von Kriegsmaterial verboten ist. Wer sich das bar kaufen kann, muß es sich mit eigenen Schiffen in amerikanischen Häfen abholen. Natürlich ist diese Klausel den Mächten günstig, die eine Überlegenheit zur See haben, also Großbritannien und Frankreich.

Doch ist hier nicht das Entscheidende, wie weit die neuen Neutralitätsbestimmungen Großbritannien in einem Krieg zugute kommen, sondern vielmehr, ob die Großmacht USA. ihre Rechte und Pflichten eines Neutralen wirklich ernst nimmt. Alle geschichtlichen Erfahrungen mit dem „ersten Bedroher der amerikanischen Neutralität“ sollten nicht umsonst gewesen sein. Allerdings hat das schlechte britische Vorbild schon im Weltkrieg die letzten neutralen Sitten der nordamerikanischen Union verdorben. Denn was sie nach ihrem Kriegseintritt tat, was sie an Konterbandenlisten, Handelsregulierungen und Beschränkungen gegenüber Neutralen vollbrachte, wie sie noch dazu einige lateinamerikanische Staaten zu offenen Neutralitätsbrüchen verleitete, das war des britischen „Freundes“ beinahe würdig.

Selbst nach dem Krieg taten die Amerikaner keineswegs alles in ihrer Macht stehende, um ihre einwandfreien neutralen Rechte durchzusetzen. Sie verzichteten in dem

Übereinkommen mit Großbritannien vom 19. Mai 1927 ausdrücklich auf ihre sämtlichen Ansprüche aus den vielfachen offenkundigen Verletzungen neutraler Rechte in den Jahren 1914—1917. Jede Regierung behielt sich außerdem in Zukunft freie Hand vor. Daraus ergibt sich einwandfrei, daß das offizielle Amerika nach wie vor das politische und geschäftliche Zusammengehen mit dem britischen Empire für wichtiger und vorteilhafter hält als das Eintreten für Neutralitätsrechte und Neutralitätspflichten.

Wieder gibt es einen britischen Krieg gegen das Deutsche Reich, wieder geht es um die große Sache der Neutralität in dem Seekrieg. Wieder hat Großbritannien wie im Burenkrieg und im Weltkrieg die Stirn zu behaupten, die Sache der Briten sei die Sache der Humanität und Freiheit und erstrebe eine neue Weltordnung, also gerade was Wilson und House mit Großbritannien hoffnungslos vergeblich erstrebten. Wieder ist Amerikas neutrale Haltung im eigensten Interesse wie auch weltpolitisch wichtig.

Aber es ist doch anders als 1914—19. Da ist das Diktat von Versailles gewesen, dessen verbrecherische Unvernunft auch dem amerikanischen Volk die Augen geöffnet hat. Viele britische Ansprüche und Verleumdungen aus dem Weltkrieg sind entlarvt, als egoistische Zweckpropaganda erkannt worden. Verblaßt ist jede finanzielle Opferbereitschaft schon wegen der geringen Dankbarkeit, die Amerikas Mitwirkung bei den Alliierten gefunden hat. Allgemein ist das amerikanische Volk ernüchtert worden. Heute schuldet allein Großbritannien noch über 5 Milliarden Dollar an unbezahlten Kriegsschulden aus dem Weltkrieg. Die Empire-Politiker denken in ihrer Selbstsucht gar nicht daran, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ja appellieren bereits von neuem an den „amerikanischen Idealismus“ zur endgültigen Rettung der „Demokratie“ in der Welt. Die britische und die probritische Propaganda in Amerika arbeiten lauter denn je.

Wird das amerikanische Volk wieder bereit sein, wie im großen und ganzen den Weltkrieg nun auch einen noch wahnsinnigeren Krieg aus seiner Tasche zu bezahlen? Werden sich die USA. wieder von ihrem amerikanischen Kurs abbringen lassen?

DAS BRITISCHE REICH IN DER WELTPOLITIK